

Metal-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des deutschen Metallarbeiter-Verbandes, der Allgem. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (C. S. Nr. 29, Hamburg) und der freien Vereine der Metallarbeiter Deutschlands.

Erscheint wöchentlich einmal Samstags. Abonnementspreis bei der Post 80 J., in Partien direkt durch die Expedition billiger. Einzel-Abonnement nur bei der Post.

Nürnberg, 30. Dezember 1893.

Inserate die viergespaltene Beitzelle ober deren Raum 20 J. Debatton und Expedition: Nürnberg, Weizenstraße 12.

Ein anderes Stückchen Unternehmerfrechheit.*)

Es Adam Smith, der bekannte englische Nationalökonom, vor einem halben Jahrhundert in Bezug auf die englische Fabrikgesetzgebung das Urtheil fällte: „So oft die Gesetzgebung versucht, die Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitern zu regeln, sind ihre Rathgeber immer die Arbeitgeber“, da sprach er für alle Industrieländer ein prophetisches Wort aus. Und er gab damit zugleich auch den Schlüssel für das Geheimniß, wenn es ein solches für die deutschen Arbeiter noch wäre, warum bei der Verathung der letzten Gewerbeordnungs-Novelle das sogenannte Arbeiterschutzgesetz unter der Hand sich in ein Unternehmerschutzgesetz, in ein Arbeitertrutzgesetz verwandelte: nicht bloß die Rathgeber der Regierung waren die Arbeitgeber, nein, sie waren auch noch in höchst eigener Person zugleich die Gesetzgeber.

Man sollte also eigentlich meinen, unsere Unternehmer müßten mit ihrem eigenen Gesetzeswerk zufrieden sein; aber da täuscht man sich: was ein richtiger Unternehmer ist, dessen Ausbeutungsgier kennt keine Grenzen. Scham- und Ehrgefühl, Rücksicht auf Leben und Gesundheit seiner Nebenmenschen, Allgemeinwohl, Patriotismus sind ihm so lange unbekannte Begriffe, als sie nicht in Tauschwerth umgesetzt, zur Steigerung oder doch dekorativen Verhüllung des heiligen Profiten dienstbar gemacht werden können. Für den richtigen Ausbeuter gibt es nur ein Gesetz, das er respektirt: das Gesetz des Profitmachens.

Wo der Unternehmer die Macht hat, da benützt er dieselbe dazu, alle dem Gesetze des unbeschränkten Profitmachens entgegenstehenden Hindernisse zu beseitigen, wo nicht, sucht er sie zu umgehen, abzuschwächen. Wie rücksichtslos er dabei zu Werke geht, dafür haben wir in letzter Nummer ein paar Beispiele erbracht. Die Stumm, Bueck, Zende-Krupp sind brutale Typen des brutalen Ausbeuterthums, aber sie sind charakteristische Vorbilder, nicht etwa Ausnahmen. So wie jene sprechen, denkt die ganze Unternehmerklasse, nur sprechen Andere, je nach Charakteranlage, anders, manchmal diplomatischer, manchmal auch dümmlicher.

Wie unverfroren dabei zu Werke gegangen wird, dafür erbringt eine soeben dem Reichstage zugegangene Petition des Fabrikantenvereins in Forst in der Lausitz einen neuen Beweis. Dieser Verein umschließt 233 Fabrikanten, meist Textilindustrielle, die aus Kinder- und Frauenschweiß ihre Reichthümer zu pressen verstehen. Nun verbietet bekanntlich der § 137 der Gewerbeordnung die Nachtarbeit für Frauen und Kinder; die §§ 138 a, 139 und 139 a geben aber die Fälle an, unter denen Ausnahmen

von diesem Verbot gestattet werden können. Und da sogar schon die Ortspolizeibehörde berechtigt ist, Ausnahmen bis zu je 14 Tagen zu gestatten, so liegt es auf der Hand, daß den Interessen der Fabrikanten genügend Rechnung getragen wird. Aber freilich, in den Augen der Textilfabrikanten von Forst ist jede Einschränkung der Frauen- und Kinderarbeit schon ein Verbrechen. Das wird klar, wenn man den Anlaß betrachtet, welcher dieser Unternehmerpetition zu Grunde liegt.

Die sozialdemokratische „Volksstimme“ in Frankfurt a. O. hatte gegen einen Unternehmer die Beschuldigung erhoben, eine Arbeiterin über die gesetzliche Arbeitszeit hinaus beschäftigt zu haben. Der Staatsanwalt thut, was seine Pflicht ist; er erhebt Anklage, das Schöffengericht, in dem natürlich in der Regel das Unternehmer-Element überwiegt, spricht den Fabrikanten von Schuld und Strafe frei. Die obere Instanz, an welche der Staatsanwalt appellirt, muß nach der Sachlage auf Grund des Gesetzes zu einer Verurtheilung des ausbeutungslustigen Unternehmers kommen.

Darob nun natürlich allgemeines Entsetzen; denn die Unternehmer wissen nur zu gut, daß sie allesamt Sünder vor dem Herrn sind. Das Damoklesschwert der Verurtheilung hängt über ihnen allen nur an einem Zwirnsfaden; deshalb muß das Gesetz sofort zu ihren Gunsten geändert werden. Nicht die Unternehmer sind schlecht, nein das Gesetz ist schlecht. In ihren Augen macht dies Wischen Arbeiterschutz schon den Eindruck, daß „die der Industrie feindlichen Parteien die staatsfeindlichen Elemente von sich ab und auf das den Arbeitern Verdienst und Brod schaffende Kapital hätten lenken wollen.“ Sie finden, daß das Gewerbeordnungsgesetz „die Autorität unseres Richterstandes zu untergraben“ geeignet sei.

Natürlich ist es nicht schöner Eigenmuth, elende Gewinnsucht, niedrige Ausbeutungsgier, was ihren Horn veranlaßt, sondern nur die Achtung vor dem Gesetze, die Rücksicht auf das Gemeinwohl provozirt ihre sittliche Entrüstung. Diese Sorte ist immer sittlich entrüstet, wenn ihre Ausbeutungsgier beschränkt werden soll. Mit richtigem Denunzianteneifer heulen sie daher: „Gerade in heutiger Zeitströmung sollte dem Hass des Arbeiters gegen den Arbeitgeber nicht noch durch Gesetze mehr Nahrung gegeben und ausschließlich der Arbeitgeber unter Polizei-Aufsicht und unter Kontrolle des Arbeiters gestellt werden.“ Namentlich Letzteres muß unter allen Umständen vermieden werden. Es solle deshalb § 146 Ziffer 2 der G.-O. dahin abgeändert werden, daß „bei Uebertretung der in den §§ 135, 136, 137 Tit. VII der G.-O. getroffenen Bestimmungen sowohl der Arbeitgeber, wie der Arbeiter zu bestrafen sei.“

Das ist wirklich der Gipfelpunkt der Frechheit! Durch entsprechende Arbeitstheilung, durch Vermischung und Neben-

einanderstellung von Akkord- und Wochenlohn, durch famose Gruppierung der Ruhepausen und sonstige Arbeitsordnungs-Praktiken wird der eine Arbeiter zum Hehmeister des anderen gemacht; damit die Arbeit ungestört weitergehen kann, wird der eine gezwungen, Vorarbeiten in der Zwischenpause, vor Beginn oder nach Schluß der nominellen Arbeitszeit zu machen — anscheinend natürlich ohne Vorwissen des Unternehmers, hinter seinem Rücken; in der That aber unter dessen Zwang. Denn Jedermann weiß, daß ohne Wissen und ohne Zustimmung des Unternehmers bezw. Werkmeisters kein Arbeiter eine Minute vor oder nach der Arbeitszeit an der Maschine, am Spinn- oder Webstuhl bleiben kann. Und nun soll der Arbeiter nicht bloß umsonst länger arbeiten, sondern wenn der Unternehmer bei seinen systematischen Gesetzesübertretungen erwischt wird, soll der Arbeiter auch noch bestraft werden. Denn der Unternehmer „Brutus ist ein ehrenwerther Mann“. Sein Name ist Gase, er weiß von nichts. Man beurtheile also, welcher Grad von Unverfrorenheit dazu gehört, dem Reichstage in der Petition folgenden Satz zuzumuthen:

„Es ist aber absolut unmöglich, daß der Arbeitgeber oder dessen Stellvertreter jeden Arbeiter so bewachen kann, daß es demselben nicht gelänge, muthwillig (!) die festgesetzte Arbeitszeit zu überschreiten. Letzteres geschieht ja in der Regel nur aus Eigennutz (!), oft aber auch aus Rache, wie im angeführten Falle, um den Arbeitgeber bestrafen zu sehen. Der Arbeiter hat ja in allen Fällen keine Strafe zu erwarten, also kann er sich ja etwas erlauben, da er nur nöthig hat, sein sozialistisches Parteiblatt davon in Kenntniß zu setzen, wonach dann stets durch die Behörde die Untersuchung gegen den Fabrikanten eingeleitet wird.“

Dieser Grad innerer Unwahrheit wird nur noch übertroffen von der geradezu pyramidalen Unverschämtheit, mit der diese Fabrikanten die jetzt zu jeder Zeit, namentlich auch in der Nacht, während des Betriebes möglichen Revisionen zur Farce, zur kinderpöchtigen Komödie herunterdrücken wollen:

„In Gegensatz zu den früher in öffentlicher Bekanntmachung angefügten polizeilichen Revisionen sind „überraschende“ Revisionen angeordnet, was die Polizeiorgane dahin interpretirt haben, daß sie ohne Meldung bei Arbeitgebern oder deren Stellvertretern zu jeder Zeit die Arbeitsstätten betreten dürfen. Diese Handhabung der polizeilichen Vorschriften ist als ein schwerer Eingriff in das Hausrecht empfunden worden. Auch ist die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß Unberufene, die sich Kenntniß irgend eines Geschäftsgeheimnisses zu verschaffen, in der Kleidung eines Polizeibeamten die Fabrikräume betreten, da eine Legitimation nicht verlangt werden kann. Ebenso ist es leicht möglich, daß Polizeibeamte, wenn

sie die Fabrikräume ohne Anmeldung und Führung (!) betreten, bei den Vertrieben verunglücken können, besonders des Abends und des Nachts. Wer trägt alsdann die Schuld und die Kosten?“

O über diese rücksichtslosen Ausbeuter! Diese edle Sorge um Leben und Gesundheit der Beamten! Warum nicht auch der Arbeiter, die doch den gleichen Gefahren ausgesetzt sind! Das müssen ja ganz nette Zustände sein, wenn man da sofort Hals und Bein zu brechen Gefahr läuft! Und die armen Unternehmer, die in den kleinen Städten ihre Polizisten nicht kennen! Die in beständiger Gefahr sind, daß der nächstbeste Konkurrent — wie sie einander trauen und einander kennen! — in der Uniform eines Beamten ihre Geschäftsgeheimnisse ausplündert! Und wie wenig Vertrauen zum Amtselb der Beamten sie haben! Wahrhaftig, man muß sich fragen, ist die Heuchelei größer oder die Unverschämtheit, die in der Zumuthung an den Reichstag liegt, dieser solle beschließen, daß Polizeibeamten bei Revisionen sich vorher beim Arbeitgeber oder dessen Stellvertreter melden und legitimiren müssen!

Diese ganze Petition erhält aber erst ihren wahren Werth durch die Unterschrift des Vereinsvorstandes, der selber Mitglied eines gesetzgebenden Körpers ist! Freilich ist dieser auch darnach: die Petition ist gezeichnet von einem G. Brauer, Mitglied des preussischen Abgeordnetenhauses. Für das Abgeordnetenhause ist der Mann zweifellos ebenso eine Bierde, wie er eine Bierde des Unternehmertums ist. Schade, daß er nicht im Reichstage sitzt und dort seine Petition selber vertreten kann! Dieser Grad von Unternehmer-Unverfrorenheit und Verlogenheit wagt sich heutzutage dort nur noch in den Kommissionen ab und zu an's Tageslicht, im Plenum des Hauses fürchten diese Unternehmer die Peitschenhiebe der sozialdemokratischen Kritik! Und in vorliegendem Falle würde es ein Spießrathenlaufen! Hier die Sozialdemokraten als Vertreter der Arbeiter, dort die „Rathgeber der Regierung“, die Unternehmer selber, die nicht über das Maßlose der Forderungen, sondern über die dumme Plumpheit, die hohle Unwahrheit der albernen Argumentation sich ärgerten.

Ein zeitgemäßes Dokument für die Unternehmer-Unverfrorenheit bleibt diese Forster Fabrikanten-Petition immerhin, zumal in unserer „Aera der Sozialreform“, des „neuen Kurzes“. Die Petition ist wirklich „der neue Kurs“ — auf der Reversseite.

Die einzige große Schlüssel.

Die angenehmste Arbeit ist es sicherlich nicht, mit Unternehmerorganen sich objektiv zu streiten, am allerwenigsten ist dies möglich mit der sogenannten „Eisen-Zeitung“. Wir verfolgen — und zwar aufmerksam — so ziemlich alle Fachzeitungen der „Unternehmer“, aber Gott

*) Obwohl wir in letzter Nummer über dieses Kapitel bereits einen Artikel des „Vorwärts“ brachten, so geben wir doch den Ausführungen unseres Mitarbeiters über daselbe Thema noch Raum.

sel's gellagt — wir müssen zu unserem Behauern gestehen, die „Eiserne“ über-ragt in ihrer wirtschaftspolitisch pyra- midalen Unwissenheit und Arroganz alle anderen so ungefähr in Eiffelturmshöhe. Und trotzdem müssen wir uns mit ihr herumblagen, denn die Arbeiter sollen und müssen auf dem Laufenden bleiben über den Entwicklungsgang der Unter- nehmer.

In ihrer neuesten Nummer bespricht die „Eisen-Zeitung“ in Folge des letzten englischen Kohlenstreiks den Minimal- lohn. Daß das edle Organ sein Miß- behagen darüber äußert, weil die englische Regierung sich in's Mittel legte und den ausgedehnten Kohlenkulis die Schwäche öffen half, das wunderk uns nicht, allein erstaunt sind wir über die Unverfroren- heit, mit der diese edle Seele darüber frohlockt, daß bei der ersten passenden Gelegenheit die englischen Kohlenbarone noch den Kampf wieder wagen und auch siegen werden.

Die englischen Kohlenarbeiter stellen die Forderung eines Minimallohnes. Dies ist, obwohl in England und von Kohlen- arbeiter gestellt, der „Eisernen“ mächtig in die Glieder gefahren. Diese an den Arbeitern so oft als Hochverrath geschilderte internationale Brüderlichkeit des Unternehmertums ist wahrhaft rührend. „Die Arbeitgeber — führt der Artikel aus — mögen vermuthlich durchaus bereit sein, diesen Lohn zu zahlen, — wenn sie können; leider stehe dies nicht in ihrem Belieben, sondern hängt davon ab, wie viel sie für ihre Waare erhalten.“

Es ist hier von den englischen Berg- werksbesitzern ja zunächst die Rede, unter- suchen wir deshalb, ob diese armen „Ar- beitgeber“ wirklich in dem Stadium ange- langt sind, daß sie nichts weiter von ihrem „Hungerlohne“ zu entbehren vermögen. Der „Labour Reader“ veröffentlichte vor einiger Zeit eine statistische Aufstellung über den Nutzen, den die Kohlenbarone Englands im Jahre 1892 hatten, derselbe betrug nach ihren eigenen Angaben 220 Millionen Mark. Ferner empfingen die Grund- und Bodenbesitzer für Grund- zins und andere Bergwerksabgaben 120 Millionen Mark. 3000 Grundeigentümer theilten sich in diese Bergwerks-Industrie. Eine eingehendere Zusammenstellung ergibt: 3000 Individuen, von welchen die meisten keinen Finger um die Sache krümmen, denen aber die Bergwerke und Mineralien des Landes gehören, erhalten 340,000,000 Mark. 300,000 Bergarbeiter, welche hart arbeiten, Leben und Glieder riskiren müssen bei ihrem schweren Kampfe in den fin-

sternen unterirdischen Gängen, erhalten 300,000,000 Mk.

Der Jahresdurchschnittsprofit eines jeden dieser Kapitalisten beträgt so- nach Mk 118,840, oder per Woche Mk 2180, derjenige eines Bergmannes dagegen per Jahr Mk 1000, oder per Woche 19 Mark.

Belanntlich trat ein Preissturz der Kohlen ein, worauf die edlen Unterneh- mer den Betrag des Preisrückganges ihren Arbeitern in Abzug bringen wollten, so- daß der Durchschnittsverdienst kaum noch 14 1/2 Mk betragen hätte. — Um solch willkürlichen Lohnreduktionen für die Arbeiter die Festsetzung eines Minimal- lohnes, in dem die „Eiserne“ eine grau- sam „sozialistisch-kommunistische“ Einrich- tung erblickt, die gleichbedeutend sei mit einer Erhöhung der Kohlenpreise. Die armen Unternehmer können doch unmög- lich etwas von ihren Entbehrungsblöhen abgeben, weshalb eine derart veranlaßte Preissteigerung eine Extrasteuer, eine Kopfsteuer auf sämtliche Arbeiter wäre zu Gunsten der Bergarbeiter. Es ist uns die Zeit noch sehr lebhaft im Ge- dächtniß, in der die „Eisen-Zeitung“ auch eine Kopfsteuer in unserem Reiche forderte, allerdings nicht in der Form eines Mini- mallohnes, und nicht für die darbedenden Arbeiter, sondern durch die Schugzölle, mit deren Hilfe die deutschen Eisentri- bustristen unter dem Jubel der „Eisernen“ im verwegensten Sinne des Wortes das Reich ausraubten, die Produkte fabel- haft in die Höhe schraubten. Sollte die „Eiserne“ etwa vergessen haben, daß unter der Aera der Schugzölle die deut- schen Eisenbarone die Produkte zur Hälfte des Preises, den sie sich in Deutsch- land sicherten, in's Ausland lieferten und den auf diese Weise erhaltenen Ge- winn für sich als Mistkopramie einsteckten, sich dabei aber den Teufel um ihre Ar- beiter scheerten? O, diese ewige Begehr- lichkeit der Arbeiter!

Ein Minimallohn — orakelt die „Eiserne“ weiter — wird sich nicht bloß auf die Kohlenarbeiter beschränken, sondern sich alsbald auf die übrige Arbeiterschaft übertragen und zur Folge haben, daß die Produkte theurer werden, hierdurch aber weniger produziert und weniger Arbeiter beschäftigt werden können, eo ipso wäre also der Minimallohn der reine Hunger- bagillus.

Werherst hausbaden und nach erkert die „Eiserne“ schließlich ihren Geistesbrei durch folgenden nationalökonomischen Er- guß: „Jede Nation ernährt sich aus einer einzigen großen Schüssel, die fort-

während gefüllt gehalten werden soll; die- jenigen, welche sie füllen, sind in erster Linie die „Arbeitgeber“, die Ge- werbetreibenden, die die Arbeitsgelegenheit ausspielen und herbeiführen. Sie ver- langen für sich hierfür ihren Anteil, mindestens aber das Meisten — —“

„Die Tendenz der ganzen Bewegung richtet sich daher auf Aufzehrung des Kapitals seitens der Arbeiter. Der Er- folg ist derselbe, als wenn eine Anzahl Fische das Wasser, in dem sie schwim- men, auffaufen; nach und nach geräth eine immer größere Zahl derselben auf's Trockene und das ist ihr sicherer Unter- gang.“

Somit hätten wir uns denn glücklich durch den Gallmalthias hindurchgerungen. Wir gestehen offen, solchen Blödsinn in tieferer Begründung zu widerlegen, wäre eine Veleibigung unserer Leser. Zugeben wollen wir gerne, daß die große einzige Schüssel vorhanden ist, an der aber das Unternehmertum sitzt, sich mäktet und aufbläht, in dem Ueberbleibsel seine Hände wäscht und es gnädig dem Arbeiter überläßt.

Gottvoll ist die Idee von dem Arbeit- geber, „der in erster Linie die Schüssel füllt.“ Das wäre ein Kapitalpaß, die westfälischen Rugenbesitzer in die Erb- schände steigen zu sehen, tief da unten herumwühlend, das rauhe steinige Erz zu fördern. Kostbar wäre es, wenn der Sultan von Konstantin halbnaht vor dem glühenden Feuerkamin lauerte, darauf lauend, dem Metall seine Form zu geben; göttlich, den Herrscher von Essen im Schweiß seines Angesichts an dem schweren nerdentöbenden Hammer hant- liren zu sehen. Verehrte „Eiserne“, im Vertrauen sei Dir gesagt, daß die Schüs- seln auch gefüllt werden würden, wenn die gefräßigen Hamster nicht so breit- spurig „in erster Linie“ aus derselben löffeln würden, denn wisse, die Schüsseln wurden schon gefüllt, als noch nicht an die Manen der „ersten Linie“ gedacht wurde; wisse, daß die Menschheit nicht bloß deshalb konsumirt, weil das Unter- nehmertum „produzirt“; diese Kaste, die sich wie Bleikugeln an die Produktion anhängt, so daß es Sache der Arbeiter ist, sich dieser Last zu entleiben, um Platz zu machen an der Schüssel, damit keines der Gesellschaftsmitglieder sich ver- unreinige, keiner sich an derselben mäste und ein Scharaffenleben führe, sondern Jeder nach seinen vernunftgemäßen Be- dürfnissen genieße.

Sinein in die Gewerkschaften!

In den letzten Wochen ist über den Nutzen der Gewerkschaften in der politi- schen und Gewerkschaftspressen insolge der Debatte auf dem Kölner Parteitag so eifrig diskutiert worden, wie seit langer Zeit nicht. Aus den ganzen Debatten ergibt sich aber, daß von den in der Ar- beiterbewegung stehenden Proletariern nicht ein einziger ist, der die gewerkschaftliche Organisation für überflüssig hält. Ver- schiedene Meinungen sind zu Tage ge- treten. Während von der einen Seite behauptet wird, die Wibe- handkraft der gewerkschaftlichen Organisationen werde bei wachsender Konzentration des Kapitals erlahmen, wird von der anderen er- klärt, daß gerade umgekehrt die Vereini- gung der Arbeitsmittel und Kapitalien in wenigen Händen der Gewerkschaftsorgani- sation eine größere Macht geben wird. Das Bestere ist jedenfalls das Richtige. Und fast möchte es erscheinen, als wolle der Zufall die erste Meinung durch Thatsachen widerlegen. In keiner In- dustrie und in keinem Lande ist die Kapita- liskonzentration so weit vorgeschritten als in der englischen Kohlenindustrie. In keinem Lande hat aber auch die Arbeiter- organisation eine solche Macht erreicht als in England. Und die Arbeiterorgani- sation hat jene allmächtig schelmenden eng- lischen Kohlenmagnaten, jene Millionen be- zwungen. Kann durch Thatsachen die Meinung, daß der wachsenden Kapital- macht gegenüber die Macht der Gewerks- chaften erlahmen werde, besser widerlegt werden, als durch diesen Sieg der eng- lischen Kohlenarbeiter? Na, nehmen wir daraus, daß Zähigkeit und Ausdauer erforderlich sind, um der Kapitalistenklasse auch nur wenige Zoll breit des Bodens abzugewinnen. Also darüber dürfte nicht mehr zu streiten sein, daß wir ohne Rücksicht auf die steigende Macht des Kapitals die Massen zu vereinigen, für den Klassen- kampf und für den Kampf um die notth- dürftigste Lebenshaltung zu organisiren haben. Und darüber sind sich auch alle Diejenigen einig, welche sich in den letzten Wochen an der Debatte über die Gewerks- chaften betheilig haben. Es gibt im deutschen Proletariat, wie diese Debatte zeigt, nur eine Meinung und die geht dahin, daß wir unter allen Umständen der gewerkschaftlichen Organisation zur Führung des Klassenkampfes bedürfen.

Nur über die weitere Leistungs- und Widerstandsfähigkeit dieser Organisationen gehen die Meinungen unwesentlich aus- einander. Doch, das ist eine Sache, die

Lassalle's Reden und Schriften.

II.

Die Grundsätze, die Bernstein bei seiner Thätigkeit als Herausgeber befolgt hat, sind durchaus zu billigen. Auf das was die alexandrinischen Kleinrämer der Bourgeoiselahrtheit „textkritischen Appa- rat“ und „philologische Kritik“ nennen, hat er mit gutem Recht verzichtet. Ge- wiß nicht nur deshalb, weil die Aus- gabe in erster Reihe für Arbeiter be- stimmt ist, sondern auch weil diese über- triebene Formrämerlei zu den unverkenn- barsten Zeichen unheilbarer Altersschwäche gehört und somit zwar der bürgerlichen Wissenschaft vortrefflich, der sozialistischen Wissenschaft aber keineswegs zu Gesichte steht. Hier und da mag die Textrevision noch der nachbessernden Hand bedürfen; in allem Wesentlichen haben die deutschen Arbeiter ihren unverfälschten Lassalle wieder.

Und wahrlich! sie dürfen stolz sein auf diesen Besitz, auf diesen Schatz von funkelnden Edelsteinen, auf dies Rüst- haus voll glänzender und scharfer Waffen. Wenn man sich in Lassalle's Reden und Schriften vertieft, die zumeist noch in dem stürmischen Kampfe von anderthalb

Jahren und Sozialagen nebenbei entstanden sind, dann staunt man immer wieder über die Beweglichkeit und Unerlöschlich- keit dieses Geistes, über die Fülle seiner Kenntnisse und die meisterhafte Dialektik in ihrer Werthung, über die Kühn- heit seiner Angriffe und die schnelle Ent- schlossenheit, womit er jeden bedrohten Punkt sofort zu bedenken wußte. Daß es dabei auch wohl einmal menschlich, allzu menschlich herging, wer wollte es leugnen? Aber wer hat denn auch je einen großen Vorkämpfer freier Menschheit aus dem Kampfe zurückzuziehen gesehen, blank wie eine Puppe des Paradeplatzes, ohne Wisse und Schrammen und Wunden, ohne den Schweiß und Staub des Schlachtfeldes? Schwiegen die Menschen jemals von Lassalle, so würden sich diese Blätter als stummberedte Zeugen für ihn erheben. Wer so zu kämpfen und zu ringen, wer so zu tragen und zu tragen, wer so zu arbeiten und zu denken gewußt hat, der braucht vor Niemandem zurückzutreten, weder was das Wollen, noch was das Vollbringen anbetrifft. Deshalb hat sich der feine und sichere Klasseninstinkt des deutschen Proletariats auch niemals an Lassalle irre machen lassen.

Diese berechtigte Empfindung würde

erst dann in einen unberechtigten Heroen- kultus umschlagen, wenn die Arbeiter die geistige Erbschaft Lassalle's unbesehen annehmen wollten. Davon ist bekanntlich aber gar keine Rede, und auch die neue Ausgabe von Lassalle's Reden und Schriften wird in dieser Beziehung keinen Mißschlag hervorrufen, so sehr sie die Freude an dem Menschen und das Ver- ständniß für den Denker Lassalle erhöhen wird. Daß weiß auch Bernstein. Er ist ein zu klarer und konsequenter Schrift- steller, als daß in den Einleitungen und Anmerkungen zu den einzelnen Reden Lassalle's nicht in etwas die nicht immer erschöpfende Auffassung der allgemeinen Einleitung nachwirken sollte, aber er hat mit glücklichem Takte die Rolle des Schmeißers vermieden und die Unter- schiebe zwischen den Gedankenkreisen Lassalle's und des heutigen Sozialismus nur an wesentlichen Gesichtspunkten und auch hier zwar mit der nötigen Klar- heit, aber auch mit derjenigen Kürze an- gedeutet, die mehr das eigene Denken des Lesers fördert, als ihn auf die Worte irgend eines Meisters schwören lehrt. Wenn diese Methode Bernstein's alles Lob verdient, so ist es überflüssig, erst zu sagen, daß sich gegen seine

prinzipielle Auffassung nirgend etwas einwenden läßt.

Das Gleiche gilt von der Disposition seiner Ausgabe. Er theilt die Reden und Schriften Lassalle's in fünf große Gruppen: zunächst solche, die vor die Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins fallen, die Wissen-Rebe von 1849, die Broschüre über den Krieg von 1859, die Reden und Schriften über Fichte und Lessing, und dann die Vor- träge über Verfassungswesen, durch die Lassalle die bürgerliche Opposition der Konfliktjahre zu einem gründlichen Tange mit dem Absolutismus und Feudalismus aufzustacheln suchte. Bekanntlich ver- gebens, und wir möchten hier noch ein- schaltend bemerken, daß Bernstein's Ur- theil über den Bruch Lassalle's mit den Fortschrittlern und die fürchtbare Festig- keit, weil er die Gabel auf ihrem Rücken tanzen ließ, auch wohl einer gewissen Ergänzung bedarf. Wenn Bernstein es scharf tabelt, daß Lassalle „die um die verfassungsmäßigen Rechte der Volksver- tretung kämpfenden Parteien, unter denen sich Männer wie Johann Jacoby, Waldeck, Biegler etc., befanden, einfach als eine Clique bezeichnet“ habe, so überfieht er, daß Biegler über diese „Clique“ wo

vorkäufig nicht in Betracht kommen kann. Wir wollen erst einmal die Gewerkschaften auf die Höhe bringen, welche sie nach Lage der Verhältnisse in Deutschland heute einnehmen könnten, und dann wird sich zeigen, welche Meinung die richtige ist.

Der Worte sind nunmehr genug gewechselt, jetzt wollen wir Thaten sehen. Jetzt mögen die Parteigenossen allerorts zeigen, ob sie nach wie vor dem alten Grundsatz unserer Partei getreu sind und sich strenge nach dem richten, was die oberste Instanz unserer Partei, der Parteitag, als Richtschnur gibt. Und diese höchste Instanz hat unzweideutig ausgesprochen, daß das Eintreten und dann selbstverständlich auch die Zugehörigkeit zu den gewerkschaftlichen Organisationen eine unbedingte Nothwendigkeit ist. Nun mögen die Parteigenossen diesem Auftrage Folge leisten und bald werden unsere gewerkschaftlichen Organisationen eine achtunggebietende Macht werden.

Und mehr als je ist es nothwendig, daran zu denken, Organisationen zu schaffen, die geeignet sind, dem täglich wachsenden Uebermuth des Unternehmertums eine Schranke zu bieten. Mehr als je glaubt das Unternehmertum, daß die Arbeiterklasse nur dazu da sei, ihm ein möglichst angenehmes Dasein zu schaffen. Die Herren glauben aber nicht nur die Arbeitskraft des Arbeiters auszunutzen zu können, sondern sie wollen auch den Arbeiter geistig niederhalten, sie glauben, das Recht zu haben, Leib und Geist des Arbeiters in Skavenketten halten zu können. In einem Lande, in welchem ein Mann wie der Eisenindustrielle Stumm es wagen kann, die Arbeiter seines Betriebes gleich Maschinentheilen zu betrachten, die auf seinen Will sich bewegen und stillestehen, in einem Lande, wo die Regierung es wagen kann, die in ihren Betrieben beschäftigten Arbeiter auf das Straßenpflaster zu werfen und verhungern zu lassen, weil sie es wagen, ihre Menschenrechte in Anspruch zu nehmen, in einem solchen Lande ist es eine unabwendbare Nothwendigkeit, daß die Arbeiter sich in festen Organisationen verbinden. Nur dann werden Dinge wie die genannten zur Unmöglichkeit werden. Nur dann haben die Arbeiter die Aussicht, das auf ihnen lastende Joch abzuschütteln zu können. Man sagt nicht mit Unrecht, einem Leben wird die Behandlung zu Theil, die er verdient. Wollen wir einer solchen Behandlung, wie sie der Arbeiterklasse in dem allerchristlichsten Staate Deutschland zu Theil wird, wollen wir der Knechtung der Arbeitermassen ein Ende machen, dann müssen wir uns or-

ganisiren, dann müssen wir dem Gegner nicht nur die Klinke der Gesetzgebung aus der Hand zu reißen suchen, sondern müssen ihn an seiner empfindlichsten Stelle angreifen und ihm Vortheile auf dem wirtschaftlichen Gebiete abzurufen suchen. Was würde es uns helfen, wenn wir endlich den Sieg auf dem politischen Gebiete errungen, wenn wir die Gesetzgebung in der Hand haben und Diejenigen, denen dann geholfen werden soll, sind geistig und körperlich so heruntergekommen, daß ihnen dann die Vortheile, die in Aussicht stehen, nichts mehr nützen können? Und dieser Zustand wird eintreten, wenn wir fortfahren, dem ausbeuterischen Treiben des Unternehmertums zuzusehen, ohne die Mittel anzuwenden, die gegeben sind, um der geistigen und körperlichen Verelendung der Arbeiterklasse vorzubeugen. Und diese Mittel finden sich in der wirtschaftlichen, in der gewerkschaftlichen Organisation.

Was sind denn die wichtigsten Vortheile auf dem Gebiete der sozialen Gesetzgebung? Was thut denn die Unternehmerrasse durch ihre Vertreter in der Gesetzgebungsversammlung, im Parlament, um den Leiden der Arbeiterklasse zu steuern? Nichts und abermals nichts! Alle Gesetze, die gemacht werden, haben nur eine Tendenz, die Interessen der Unternehmer zu wahren und die Rechte der Arbeiter zu beschneiden. Was und zu wirt man den Arbeitern einen Brocken hin, der sich bei näherem Zusehen als ungenießbar erweist. Und so wird die Sache noch lange fortgehen. Da ist noch keine Aussicht auf Besserung vorhanden. Wir aber dürfen einem solchen Spiel nicht zusehen, sondern müssen uns nach unserm alten Grundsatz richten, daß wir selbst uns zu helfen haben, daß wir dem wirtschaftlichen Gegner das, was wir ihm auf dem Wege der Gesetzgebung noch nicht abzurufen vermögen, durch den wirtschaftlichen Kampf abringen. Und das können wir, wenn wir es wollen. Dann dürfen wir aber nicht wie bisher, die gewerkschaftlichen Organisationen als etwas Gutes ansehen und ihnen trotzdem fernbleiben, sondern wir müssen in ihnen als Mitglieder sein, in ihnen wirken und sie finanziell unterstützen. Finanziell unterstützen heißt aber nicht, wenige Pfennige Beitrag bezahlen, sondern heißt soviel zu leisten, als nothwendig ist, um die Gewerkschaft in den Stand zu setzen, allen an sie herantretenden Anforderungen genügen zu können. Und diese Anforderungen sind große. Die deutschen Arbeiter müssen zu der Einsicht kommen, daß die Beiträge für die Gewerkschaften

für sie ebenso nothwendig sind, als die Beiträge, welche sie zahlen, um sich im Krankheitsfalle eine Unterstützung zu sichern. Ebenso und noch besser als die Krankenkassen wirken die Gewerkschaften, wenn sie so ausgestattet werden, daß sie ihrer Aufgabe gerecht werden können. Der Arbeiter zahlt seine Beiträge in die Krankenkasse, wenn es ihm oft auch schwer fällt, in dem Bewußtsein, daß er sich dadurch eine Unterstützung sichert, wenn bei ihm infolge der Krankheit die Noth am größten ist. Er hält diese Einrichtung für etwas Gutes und Selbstverständliches. Aber die Gewerkschaftsorganisation scheint ihm nicht so nothwendig und selbstverständlich und doch ist sie es ebenso, ja noch in weit höherem Maße. Die meisten Krankheiten der Arbeiter sind heute eine Folge der übermäßigen Anstrengung, der langen Arbeitszeit und der mangelhaften Ernährung infolge des geringen Arbeitsverdienstes. Und da gerade sucht ja die Gewerkschaft eine Aenderung herbeizuführen. Sie strebt danach die Arbeitszeit zu verkürzen, die Akkordarbeit, die am Marke des Arbeiters geht, zu beseitigen und den Lohn so zu heben, daß er dem Arbeiter eine ausreichende Ernährung gewährt. Und gelingt dieses, so wird dadurch der Krankheit des Arbeiters vorgebeugt. Es sind also die Gewerkschaften nicht nur ebenso nützliche Institute als die Krankenkassen, sondern sie sind erheblich nothwendiger und nützlicher. Sie stehen gegenüber den Krankenkassen in demselben Verhältnis wie die Sozialgesetzgebung des Reichs zu der Gesetzgebung zum Schutze der Arbeiter, wie wir sie fordern und zu fordern berechtigt sind.

Wir wollen den Arbeiter vor der Ausbeutung geschützt wissen, damit er nicht krank und invalide wird, und die Reichsgesetzgebung sucht ihm eine Unterstützung zu sichern, wenn er durch die maßlose Ausbeutung der Unternehmer krank oder zum Krüppel geworden ist. Damit ist dem Arbeiter nicht gedient. Aber die Kapitalistenklasse sitzt noch immer im Rohr und schneidet die Pfeifen, nach deren Ton der Arbeiter tanzen muß. Und er wird so lange nach der Pfeife der Unternehmer zu tanzen haben, als er nicht zu dem Bewußtsein erwacht, daß er als Schöpfer alles Dessen, was die Gesellschaft zu ihrer Erhaltung nothwendig hat, die Melodie zu pfeifen hat, nach der Diejenigen zu tanzen haben, die er mit seiner Hände- oder seiner Geistesarbeit erhält. Man mache nur Augen und Ohren auf und sehe und höre, mit welcher Frechheit Diejenigen den Arbeiter verhöhnen und mit Füßen treten, die von ihm leben und

man wird keinen Augenblick gaudern, zu den Mitteln zu greifen, die solche humanisirenden Zustände zu beseitigen vermögen. Und solche Mittel sind der Kampf um die politische Macht und der Kampf um wirtschaftliche Vortheile. Darum mögen Alle, die sich nicht mehr mit Füßen treten und nebenbei noch verhöhnen lassen wollen, des Mahnrufes eingedenk sein: **Eintritt in die Gewerkschaften!** („Correspondenzblatt.“)

Ein Auszug auf die Eisenkonumenten.

Die deutschen Eisenfürsten machen sich. Inmitten des für die große Masse des deutschen Volkes so fühlbaren industriellen Niederganges kommt diese Gesellschaft daher und betreibt folgendermaßen:

Dortmund, den 11. November 1893.

P. P.

Hierdurch zeigen wir Ihnen ergebenst an, daß wir beschlossen haben, vom 15. November ds. Js. ab einen Aufschlag von 2 Mark per 100 Kilo für sämtliche Gusswaren eintreten zu lassen. Stückpreise werden um 10% erhöht.

- Hochachtungsvoll
 - Aktien-Gesellschaft Eisenhütte Prinz Rudolf, Dillmen.
 - Aktien-Gesellschaft Iffelburger Hütte, Iffelburg, Rheinprovinz.
 - Drees & Cie., Augustushütte, Burgsteinfurt.
 - Wm. Heyden & Co., Rheinische Eisengießerei, Lindenthal b. Köln a. Rh.
 - Halter Eisenhütte, Schloß Holte i. W.
 - Hülting & Cie., Unna.
 - Casp. Propp, Olberger Hütte bei Olberg.
 - Bothoff & Flume, Dulsenhütte bei Bünen a. d. Lippe.
 - Primavest & Cie., Friedrich-Wilhelms-Eisenhütte, Cravenhorst bei Hörstel.
 - Huppel, Cramer & Co., Johannis-Hütte bei Dortmund.
 - Ferdinand Schulz & Co., Bünnerhütte bei Bünen a. d. Lippe.
 - Simon & Ulrich, Marienau bei Mechernich.
 - Warsteiner Gruben- und Hüttenwerke, Warstein.
 - Gewerkschaft Eisenhütte Westfalia, bei Bünen a. d. Lippe.
- Fürwahr, diese Eisenfürsten zeigen der staunenden Welt, wie es gemacht werden

möglich noch heftiger schalt als Bassalle, und daß sogar Waldeck, dem bei seinem starken Selbstbewußtsein solche Geständnisse sehr schwer ankamen, später lebhaft behauptete, daß man in lächerlichen Bourgeoisbüchlein „den Herrn Bassalle“ so schändlich behandelt habe, so überfieht er auch, daß im Sommer von 1865, allerdings erst ein Jahr nach Bassalle's Tode, aber doch auch schon ein Jahr vor Königsgrätz, demokratische Blätter, wie die „Rheinische Zeitung“ in Köln und die „Reform“ in Berlin trocken erklärten: „Wir sind der feierlichen Proteste unn gerade satt. Die Heberei und Resolutionsfassererei bewegt in ganz Deutschland auch nicht ein dürres Blättchen“, und daß selbst fortschrittliche Organe, wie die „Breslauer Zeitung“ und die „Eberfelder Zeitung“ über die „Phrasendrescher“ spotteten, „die in der Regel noch nicht wissen, was sie sagen werden, wenn sie bröhnenden Schrittes die geliebte Rednerbühne besteigen“.

Die zweite Gruppe stellt Bernstein dann aus benannten Reden und Schriften zusammen, die zeitlich theilweise auch noch vor den Allgemeinen Deutschen Arbeitervereinen fallen, aber gedanklich durchweg schon in die sozialdemokratische Agi-

tation gehören. Es sind fünf Stücke: das Arbeiterprogramm und die vier Vertheidigungsreden und -Schriften in dem Kriminalprozeß, den der jetzige preussische Justizminister und damalige Staatsanwalt v. Schelling wegen des Arbeiterprogramms gegen Bassalle angestrengt hatte. Mit Recht steht Bernstein in dem Arbeiterprogramm und den beiden Vertheidigungsreden vor dem Stadt- und Kammergericht die reifste geistige Frucht von Bassalle's Agitation. Auf einer durchschnittlich wohl etwas tieferen, theilweise selbst einer viel tieferen Stufe steht die vierte Gruppe, die — im engeren Sinne des Wortes — Agitationschriften und -Reden für den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein, vom Antwortschreiben bis zur Mondsorfer Rede; den meisten dieser Schriften merkt man es doch an, wie spärlich dem gewaltigen Agitator die Mühe zur literarischen Ausreifung seiner Gedanken gegeben war, wie oft ihm auch die drängenden Bedürfnisse des Kampfes das Konzept verschoben. Aber noch einmal flammt dann Bassalle's Genius hell auf im „Bastiat-Schulze“, seiner ökonomischen Hauptarbeit, die mit ihren Anregungen die vierte Gruppe bildet.

Als Anhang folgt die fünfte und letzte

Gruppe: Reden und Schriften, die keinen eigentlich sozialistischen Inhalt haben: die Rastettenrede von 1848, das Trauerspiel Franz von Sickingen, das Pamphlet gegen Julian Schmidt und Auszüge aus Bassalle's theoretischer Hauptleistung, dem System der erworbenen Rechte. Das Pamphlet gegen Julian Schmidt schätzen wir höher als Bernstein, obgleich wir ihm zugeben, daß es manches Gefuchte und Unbillige enthält. Aber dieser Vorwurf trifft auch Lessing's Schriften gegen Klotz und die Klotzianer, Goethe's und Schiller's Xenien, Platen's und Heine's literarische Satiren, und wir stellen Bassalle's Pamphlet, sowohl was die historische Berechtigung als was die sittliche — natürlich nicht im spießbürgerlichen Sinne sittliche — Nothwendigkeit anbetrifft, allerdings neben jene klassischen Streitschriften der deutschen Literatur. Um so uneingeschränkter können wir die Auszüge aus dem System der erworbenen Rechte loben. Da hat Bernstein einen Kernschuß gethan. Wir stimmen ihm darin zu, daß die wissenschaftlichen Ergebnisse von Bassalle's theoretischem Hauptwerk noch einmal bedeutungsvolle, praktische Aufgaben zu lösen haben werden, aber auch davon abgesehen: daß Bern-

stein in nicht leichter Gedankenarbeit, durch vortreffliche Auswahl der einzelnen Theile und ihre lichtvolle Verbindung endlich Bassalle's Hauptwerk dem Verständnis der Arbeiterklasse nahe gebracht hat, verdient die wärmste Anerkennung. Nur um eine einzige kleine Korrektur möchten wir Bernstein bei einer neuen Auflage bitten. In der Einleitung dieses Abschnitts sagt er, Adolf Wagner habe in seiner „Grundlegung der Volkswirtschaft“ die Quintessenz der Bassalle'schen Debatte zur Basis einer „national-ökonomischen Theorie der Enteignung“ genommen. Bernstein zitiert für diese Ansicht Wagner's Vorwort zum Briefwechsel Bassalle-Rodbertus, und freilich steht es hier so geschrieben, wie er zitiert. Aber Bernstein hat übersehen, daß Wagner der Hauptmatador jenes glorreichen Staatssozialismus ist, der die Worte von den großen wissenschaftlichen Sozialisten horgt, um sie ihres Inhalts zu entledigen und ihre leere Hülle dann zur besseren Begaukelung der Volksmassen zu benutzen. Im vorliegenden Falle liegt die Sache so, daß Bassalle sein „Hilfenwerk menschlichen Fleißes“ vollbracht, weil die Gesetzgeber sich „meist durch politische und Billigkeitssrücksichten“

haben bei uns in Deutschland weisheitsvolle Staatsmänner und schlau berechnende Politiker der sogenannten „Krauterkochenden“ Parteien schon öfter den Versuch gemacht, das den Arbeitern so wie so schon äußerst spärlich zugemessene Koalitionsrecht noch mehr zu beschränken, ja, wenn möglich, gänzlich aufzuheben. Dabei hat man sich nicht gescheut, Ausschreitungen, die bei Streiks außerhalb Deutschlands vorkamen, in tendenziöser Weise als Vorwand zur Rechtfertigung jener Versuche zu missbrauchen. Als im Jahre 1886 der preussische Ordnungspolizeminister Puttkamer im Reichstage seinen herkömmlichen Streikerlass zu vertheilichen hatte, wies er mit der ihm eigenen Unverfrorenheit in „höher stütlicher Entschlossenheit“ die ihm so vorzüglich anstand, auf die Streikauschreitungen der belgischen Bergarbeiter hin, daraus folgend, daß hinter jedem Streik die „Hydra der Revolution“ laure.

Zu jüngster Zeit arbeitet die „Ordnungspreffe“ nach diesem berühmten Muster. Diesmal sind es die „Streikauschreitungen“ der englischen Bergarbeiter, welche dazu dienen müssen, die Forderung weiterer Anebelung des Koalitionsrechtes der deutschen Arbeiter zu rechtfertigen. So schrieb kürzlich eine konservative Korrespondenz, die auch in „änkstlerischen Blättern Aufnahme fand, folgendes:

„Soeben kommen wieder Nachrichten aus den englischen im Streit befindlichen Kohlenrevieren, daß die Streikenden diejenigen Arbeiter, welche die Arbeit nicht niederlegen wollen, mit Gewaltthaten bedrohen, daß die streikende Mehrheit einer zur Arbeit geneigten Minderheit also ihren Willen mit Gewalt aufzudrängen will. Genau so ist es auch bei den größeren deutschen Streiks zugegangen. (19)

„Und welchen Schatz bietet die bisherige Gesetzgebung den Arbeitern, die sich und ihre Familien weiter ernähren wollen? Die verbotene Abhaltung von der Arbeit wird gegenwärtig nur dann mit einer und noch dazu geringfügigen Strafe bedroht, wenn sie erfolgt, um andere Arbeiter zu nöthigen, an Verabredungen zur Einstellung der Arbeit Theil zu nehmen oder ihnen Folge zu leisten. Solche Verabredung braucht nur nicht statthaft zu haben oder nicht nachgewiesen werden zu können, und die Abhaltungsversuche sind straflos. Demgegenüber war beabsichtigt, in dem neuen § 153 die Strafe auch unabhängig von einer Verabredung vorzusehen und ein höheres Strafmaß festzusetzen. Das war einer der wichtigsten Punkte, der durch die neue Fassung des § 153 keine Regelung erfahren sollte. Die neue Fassung wurde vom Reichstage verworfen und nach wie vor steht in Deutschland der Arbeiter, welcher seine Arbeit nicht aufgeben will, seinen streiklustigen Genossen schußlos gegenüber. Der Terrorismus kann sich in seiner abschreckendsten Gestalt noch immer breit machen.“

„Ähnlich äußerten sich die „Hamburger Nachrichten“ in einer Berliner Mittheilung. Da heißt es:

„In neuerer Zeit wird wieder die Frage der Aenderung des § 153 der Gewerbeordnung angeregt und mit dem Hinweis auf Vorgänge beim letzten Bergarbeiterstreik in England begründet. Es ist sicher, daß eine Umgestaltung dieser Gesetzesbestimmung notwendig ist, um auch solchen Versuchen zur Abhaltung von der Arbeit entgegenzutreten, die ohne vorherige Verabredung gemacht werden. Es wird aber auch ferner darauf ankommen, die öffentlichen Aufforderungen zur Niederlegung der Arbeit unter Kontraktbruch zu bestrafen, sowie einerseits die Strafen für Bedrohung der in der Beschäftigung verblichenen Arbeiter zu erhöhen und andererseits besonders schwere Strafen für diejenigen Elemente festzusetzen, welche aus solchen Bedrohungen ein Geschäft machen.“

„Gewiß werden künftige Vorgänge dazu zwingen, den § 153 in der Fassung des Entwurfs zur letzten Gewerbeordnungsnovelle zum Gesetz zu machen; so günstige Umstände für seine Einführung, wie sie in den Jahren 1890 und 1891 vorhanden waren, werden jedoch schwerlich wieder in die Erscheinung treten. Trotzdem muß, um künftigen Gefahren vorzubeugen, bei jeder passenden Gelegenheit — und diese wird sich ja, da vielfache Aenderungen der Gewerbeordnung bevorstehen, häufiger bieten — auf eine Aenderung des § 153 hingewirkt werden.“

„Ohne Zweifel wollen derartige Bestimmungen darauf vorbereiten, daß demnächst neue Versuche zur Beseitigung des Koalitionsrechtes mit Hilfe der Kontraktbruchbestrafung zu erwarten sind. Längst ist es ein öffentliches Geheimniß, daß man in den Kreisen der Regierung und der ordnungsparteilichen Politiker dem Ausbruch eines neuen großen Bergarbeiterstreiks mit banger Sorge entgegenseht. Darauf deutet auch der in vorstehender Mittheilung enthaltene Hinweis auf „künftige“ Vorgänge. Wir finden es begreiflich, daß die maß-

gebenden Kreise erfüllt sind von dem Wunsche, möglichst schon vorher die projektierte „Reform des Koalitionsrechtes“ durchzuführen. Die Arbeiter thun gut, sich auf dahin abzielende „Ueberraschungen“ gefaßt zu machen. Es steht ganz außer Zweifel, daß auch in Unternehmungskreisen alles Mögliche geschieht, die Regierung zu bestimmen, ihre die Aenderung des § 153 und die Einführung der Kontraktbruchbestrafung betreffenden Bestimmungen von vor zwei Jahren baldigst wieder aufzunehmen.“

„Ist doch auch längst in Handelskammerberichten, welche ja bekanntlich die Ansichten, Absichten und Wünsche des Unternehmertums wiedergeben, und speziell in solchen aus vorwiegend industriellen Bezirken, das Verlangen nach Einführung des aus dem Entwurf zur letzten Gewerbeordnungsnovelle vom Reichstage geforderten § 153 ausgesprochen und darauf hingewiesen worden, daß hätte der neue § 153 Gesetzeskraft gehabt, die letzten Streiks im Saar- und Ruhrgebiet seitens der Behörden viel wirksamer hätten bekämpft werden können.“

Darüber können wir uns keiner Täuschung hingeben, daß die herrschenden Klassen in ihrem Widerstande gegen die Emanzipationsbestrebungen des Proletariats alle ihre Macht daran setzen werden, diesem das Koalitionsrecht zu nehmen bzw. durch allerlei strafrechtliche und polizeistatistische Verklüppelungen illusorisch zu machen. Das „Hamburger Echo“ erinnert daran, daß vor zwei Jahren von Vertretern der Unternehmertumsklassen unter dem Beifall der konservativen und der nationalliberalen Parteien und ihrer Organe es als dem „öfentlich-rechtlichen Standpunkte“ entsprechend hingestellt wurde: „daß diejenigen Gesellschaftsklassen, welchen der Staat dadurch eine besondere Fürsorge widmet, daß er zum Theil auf Kosten sämtlicher Steuerzahler in Krankheits- und Unglücksfällen, sowie im Alter und bei eintretender Invalidität für ihren Unterhalt sorgt, die ganz besondere Verpflichtung haben, ihrerseits ihre Thätigkeit als Staatsbürger zu leisten.“ Schon dieser Gesichtspunkt allein rechtfertigt es, gegen die Arbeitseinstellung einer Gesamtheit unter Vertragsbruch mittelst des Strafgesetzes einzuschreiten, da es sich hier um einen Verstoß gegen gesellschaftliche Pflichten, gegen das Staatswohl“ handle.

„Zweifellos hat dieser aus der Arbeiterversicherung mit großer Unerschämtheit abgeleitete neue „öfentlich-rechtliche Standpunkt“ seitdem in Kapitalisten- und Regierungskreisen weitere Festigung erfahren. Als wir gelegentlich des Beginns der vielgerühmten „gesetzlichen Arbeiterfürsorge“ einmal im Reichstage die Bestätigung aussprachen, man werde für dieses Institut, zu welchem übrigens die Arbeiter selbst die meiste Frucht liefern müssen, dem Proletariat sein Koalitionsrecht zu nehmen versuchen, da hat man das als eine „nicht scharf genug zu verurtheilende Verdächtigung der guten Absichten der Regierung und der ihr verbündeten Parteien“ bezeichnet. Und heute? Seine Bestätigung erweist sich als durchaus begründet. Längst nicht mehr machen die Gegner der Arbeiterbewegung ein Hehl daraus, wie sehr sie von der Absicht geleitet sind, unter Berufung auf die vom Staat und Unternehmertum für die Arbeiterversicherung zu bringenden „schweren Opfer“, die Arbeiter dem Kapital gegenüber schußlos zu machen, sie mit gebundenen Händen der Unternehmerrückgrat zu überantworten, ihnen die Koalitionsfreiheit und damit die Möglichkeit zu nehmen, in gewerkschaftlichen Kampforganisationen für ihre berechtigten Interessen einzutreten. Noch nicht einmal zu einer nur halbwegs ausreichenden Stillfütterung der Arbeiter hat man's mit der sozialpolitischen Gesetzgebung gebracht, — und doch erscheint das schon unseren Ordnungspolitikern ausreichend, zu argumentiren: „Ihr Arbeiter genießt „besondere staatliche Fürsorge“, ergo habt Ihr kein Recht mehr, durch Koalition das Kapital, welches gleichbedeutend ist mit dem „Staatswohl“, zu bekämpfen; man muß Euch durch Strafgesetze gegen den „Mißbrauch der Koalition“ zwingen, „hüßlich artig“ zu sein, vor allen Dingen nicht zu streiken.“

Das ist der echt jesuitische Vorbehalt in Gedanken, der sozialpolitische Reservatio mentalis, so die raffinierten Ordnungspolitiker bei der Arbeiterversicherungsgebung von vornherein gemacht, wie sie in den letzten Jahren selbst offen zugegeben haben, nachdem sie gesehen, daß diese Politik nicht bewirkt hat, was sie nach Absicht ihrer Urheber und Förderer bewirken sollte: die Vernichtung der Sozialdemokratie. Sie lassen die Klasse fallen und machen sich nun wiederum daran, jenem Vorbehalt praktische Geltung zu verschaffen. Sei es drum! Der zu erwartende neue Ansturm gegen das Koalitionsrecht wird die Arbeitererschaft, in erster Linie die gewerkschaftlich organisirte, im Bunde mit der großen sozialdemokratischen Partei, von der sie ja

ein integrierender Theil ist, auf den Posten finden, einig, fest, unerschütterlich in der Vertheidigung eines Rechtes, ohne welches sie zur Ohnmacht im wirtschaftlichen Kampfe verdammt ist!

„Und die sozialdemokratische Reichsfraktion wird, wie sie es stets gethan hat, auch jetzt wieder für die gerechte Sache der Arbeiter mit äußerster Entschiedenheit einstehen!“ („Grundstein.“)

Rechnungsergebnisse der Berufsgenossenschaften f. d. Jahr 1892.

Die vom Reichsversicherungsamt nach § 77 des Unfallversicherungsgesetzes vom 6. Juli 1884 und den entsprechenden Bestimmungen der weiteren Unfallversicherungsgesetze aufgestellte, soeben dem Reichstage vorgelegte Nachweisung der gesamten Rechnungsergebnisse der Berufsgenossenschaften für das Rechnungsjahr 1892 bezieht sich auf die 8. Rechnungsperiode seit dem Bestehen der gesetzlichen Unfallversicherung. Die Nachweisung erstreckt sich nach der Zusammenstellung des „Reichsanzeigers“ auf 112 Berufsgenossenschaften (84 gewerbliche und 48 landwirthschaftliche), auf 848 Ausführungsbehörden (129 staatliche und 219 Provinzial- und kommunal-Ausführungsbehörden) und auf 13 auf Grund des Bau Unfallversicherungsgesetzes bei den Bauwerks-Berufsgenossenschaften errichtete Versicherungsanstalten.

Die 112 Berufsgenossenschaften mit 914 Sektionen, 1089 Mitgliedern der Genossenschaftsvorstände, 5238 Mitglieder der Sektionsvorstände, 2317 Vertrauensmännern, 158 angestellten Beauftragten (Medizinal-Inspektoren etc.), 997 Schiedsgerichten und 8974 Arbeitervertretern haben 5,274,958 Betriebe mit 17,867,547 versicherten Personen umfasst. Hierzu treten bei den 848 Ausführungsbehörden mit 884 Schiedsgerichten und 1676 Arbeitervertretern zusammen 646,738 Versicherte, so daß im Jahre 1892 bei den Berufsgenossenschaften und Ausführungsbehörden zusammen 18,014,280 Personen gegen die Folgen von Betriebsunfällen versichert gewesen sind. In der letzterwähnten Zahl dürften 1 bis 1 1/2 Millionen solcher Personen doppelt erscheinen, die gleichzeitig nebeneinander in gewerblichen und in landwirthschaftlichen Betrieben beschäftigt und versichert sind.

An Entschädigungsbeträgen sind seitens der Berufsgenossenschaften gezahlt worden M. 29,066,465.22 (gegen M. 23,718,775.75 im Vorjahre); seitens der Ausführungsbehörden M. 2,892,975.70 (gegen M. 2,370,243.16 im Vorjahre); seitens der 13 Versicherungsanstalten der Bauwerks-Berufsgenossenschaften M. 440,737.07 (geg. n. M. 337,353.11 im Vorjahre). Die Gesamtsumme der Entschädigungsbeträge (Renten etc.) belief sich auf M. 32,340,177.99 gegen M. 26,426,377 im Jahre 1891, M. 20,815,819.55 im Jahre 1890, M. 14,464,303.15 i. J. 1889, M. 9,681,447.07 i. J. 1888, M. 5,932,920.08 i. J. 1887 und M. 1,915,366.24 i. J. 1886.

Die Anzahl der neuen Unfälle, für welche im Jahre 1892 Entschädigungen festgestellt wurden, belief sich auf 55,654 (gegen 51,209 im Jahre 1891). Sieben waren Unfälle mit tödlichem Ausgange 5911 (gegen 6423), Unfälle mit dauernder völliger Erwerbsunfähigkeit 2664 (gegen 2505). Die Zahl der von den gebildeten Personen hinterlassenen entschädigungsberechtigten Personen beträgt 11,885 (gegen 12,837 im Vorjahre). Darunter befinden sich 3947 Wittwen (4064), 7660 Kinder (8429) und 228 Ascendenten (291). Die Anzahl sämtlicher zur Anmeldung gelangten Unfälle beträgt 236,265 (gegen 225,337 im Vorjahre).

Die Summe der rechnungsfähigen Löhne, die sich jedoch mit den wirklich verdienten Löhnen nicht decken, stellt sich bei den 64 gewerblichen Berufsgenossenschaften auf M. 3,292,782,432.31 bei einer Zahl von 5,078,182 versicherten Personen. Für die landwirthschaftlichen Berufsgenossenschaften haben sich wegen des „abwandelnden Berechnungsverfahrens“ Lohnbeträge, welche für die Beitragsberechnung zu Grunde gelegt werden, in die Nachweisung nicht aufnehmen lassen; die Zahl der in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben durchschnittlich versicherten Personen ist wieder, wie für das Jahr 1891, mit 12,289,415 angegeben worden.

Diese Zahl umfasst außer den ständig in der Hand- und Forstwirtschaft thätigen Arbeitern und Betriebsbeamten die umfangreiche Klasse der landwirthschaftlich im Nebenberuf Beschäftigten und die mitversicherten Betriebsunternehmer und deren Gehäusen.

Die Gesamtausgaben der Berufsgenossenschaften belaufen sich auf M. 43,939,605.81, hiervon M. 41,469,702.29 für die gewerblichen, M. 7,469,903.52 für die landwirthschaftlichen Berufsgenossenschaften. Von der Gesamtausgabe entfallen, wie schon bemerkt, M. 29,066,465.22 auf Entschädigungsbeträge, M. 1,960,605.48 auf die Kosten der Unfalluntersuchungen und der Feststellung der Entschädigungen, auf die Kosten der Schiedsgerichte, sowie auf die Ausgaben für die Unfallverhütung, und M. 378.55 auf Kosten für die Uebnahme der Unfallversicherungsver-

träge (§ 100 des Unfallversicherungsgesetzes) etc. In die Reservefonds sind für das Jahr 1892 M. 12,590,838.68 eingelegt worden.

Die laufenden Verwaltungskosten betragen M. 5,878,467.88 gegen M. 5,034,435.89 im Vorjahre.

Auf den Kopf der Versicherten berechnet, belaufen sich im Rechnungsjahre bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften die laufenden Verwaltungskosten auf M. 0.88 (gegen M. 0.78 im Jahre 1891), auf je M. 1000 der rechnungsfähigen Löhne M. 1.28 (gegen M. 1.20), auf jeden Betrieb M. 10.18 (gegen M. 9.32), auf jeden im Rechnungsjahr zur Anmeldung gelangten Unfall M. 25.88 (gegen M. 24.46 im Vorjahre).

Die Gesamtausgaben der 848 Ausführungsbehörden haben sich auf M. 2,937,941.79, die der 13 Versicherungsanstalten der Bauwerksberufsgenossenschaften auf M. 863,146.47 belaufen.

Die Bestände der bis zum Schluß des Rechnungsjahres angesammelten Reservefonds der Berufsgenossenschaften betragen zusammen M. 85,426,708.84, die der mehrerwähnten Versicherungsanstalten M. 522,226.74.

Korrespondenzen.

Stuttgart.

(Sektion der Flaschner.)
Situationsbericht. Durch die heutige wirtschaftliche Lage zur Organisation gedrängt, schlossen sich die Flaschnergehilfen Stuttgarts seit circa 1/4 Jahren, nachdem sie zwei Jahre vereint herumliefen, frisch zusammen. Wir können nun mit Befriedigung auf das erzielte Resultat der Sektion zurückblicken, da etwa Zweidrittel sämtlicher Gehilfen Stuttgarts organisiert sind. Es fand nun am 9. Dezember eine ordentliche Generalversammlung statt, mit der Tagesordnung: Thätigkeitsbericht der bisherigen Verwaltung, Neuwahl der Verwaltung und Berichteneben. Der Bevollmächtigte gab zuerst bekannt, daß die Abrechnung erst nach Quartalschluß gegeben werden könne. Weiter führte er aus, daß im verflochtenen Jahre zwei öffentliche Flaschnerversammlungen, 18 Mitgliederversammlungen, 8 gemeinschaftliche Versammlungen, sowie 8 Ausflüge (Heilbronn, Ehlingen und Cannstatt), 12 Vorträge und 2 Werkstattversammlungen stattfanden und in Gemeinschaft mit der allgemeinen Jahrsstelle im November ein Beisitzer ins Leben gerufen wurde, woran sich 17 Mitglieder unserer Sektion beteiligten. Den Mitgliederhand gab er auf 120 an. Unter Punkt 8 wurde, da Kollege Bauer bekannt gab, seine selbständige Funktion als Bevollmächtigter nicht mehr übernehmen zu können, an dessen Stelle Kollege Gonser und als Kassierer Kol. Stadelmaier gewählt. Als Beisitzer wurden die Kollegen Birk, Walter und Bretmaier gewählt. Wir hoffen nun, daß jeder Kollege seine Pflicht erfüllt, damit wir im Stande sind, unsere Interessen auch fernerhin zu wahren.

Metallearbeiter.

Anklam. In der am 2. Dezember hier abgehaltenen öffentlichen Metallarbeiterversammlung wurde beschlossen, eine Zählstelle zu gründen. In die Ortsverwaltung wurden gewählt: Former Frig Wäber, als Vorsitzender, Former Hermann Stein als Kassierer, Wipper, Selnemann, Weiß als Revisoren. Berge bei Baumgarten (zum Doppelten Adler), Steinfraße. Reiseunterstützung wird beim Kassierer, Herrn. Stein, Wöbelanderstraße 21, Mittags von 12—1 und Abends von 7—8 Uhr ausbezahlt.

Zunweller. Die am 11. November abgehaltene öffentliche Metallarbeiterversammlung mit dem Referenten Kollegen Wolderauer aus Karlsruhe war schwach besucht, aus Angst vor Entlassungen seitens der Firma Franz Ulrich Söhne, die sich ein Meister zu einem Arbeiter äußerte: „Wenn er wüßte, wer im Verband oder in dessen Vorsth sei, der würde entlassen.“ Das Angstgefühl brachte ein gewisser Hirschiel zur Sprache. Um die für gewerkschaftliches interessierten Arbeiter unter ihre Fittiche zu bekommen, fand am 12. November eine öffentliche Hirsch-Dunder'sche Versammlung statt, wobei die ganze Fabrikleitung vertreten war und Gleich auf aus Mannheim referierte. Wolderauer und Hoff aus Mainz traten ihm entgegen. Der Referent stellte Fragen an sie, fürchtete aber die Antwort, weshalb mit einer Stimme Majorität die Debatte geschlossen wurde. Weß Geistes-Kinder die Hirsch-Dunderianer sind, zeigt, daß Gleichauf den Vorsitz in der Mitte der Versammlung übernehmen mußte. Genosse Hoff erwähnte beim Kapital von der „Harmonie zwischen Kapital und Arbeit“ obige Aeußerung des Meisters, weshalb am andern Tage Kollege Weiß entlassen wurde. Dieser betrat den Klageweg, der in der zweiten Verhandlung mit vier Zeugen zu Gunsten für Weiß endigte. Im Zeugenverhör brachte Hirschiel in 12stündigen „Vorträge“ mit mehrfacher Wiederholung und besonderer Betonung der Worte „während der Arbeits-

Zeit die Agitation und Zustellung unserer Organe an die Mitglieder zur Sprache und schloß mit der Aufforderung an die Behörden, diese Versammlungen besser als bisher zu überwachen. (III) Zeuge Kühne sagte unter Anderem, daß nach dem Vorschlag, wonach jeder, der im Deutschen Metallarbeiter-Verband sei, entlassen würde, er auf dem Bureau einen Eschin unterschreiben mußte, daß er kein Mitglied des Verbandes sei. Mitglied Roub wurde auch deswegen, sowie weil er durch einen Hohen die Einladungen zur öffentlichen Versammlung vertreiben ließ, entlassen. Bei seinem Weggang äußerte sich der Betriebsführer, daß er wegen dem Verband entlassen sei, und die Filiale könne hier doch nicht hoch. Schwarzer lebt und pflegt die Fabrik, ein guter Arbeiter hält es nicht lange aus. Es geht aus und ein wie in einem Taubenschlag, deswegen sucht die Firma durch Inzinate in Oesterreich und der Schweiz, Arbeitskräfte, am liebsten verheiratete. Es wird ihnen hoher Lohn versprochen und dann bei Ankunft werden allerlei Scherereien gemacht.

Burg. Am 9. Dezember hielt die hiesige Verwaltungsstelle des D. M. V. eine Mitgliederversammlung ab. Kollege Bosh sprach in 1/2stündiger Rede über die Entstehung der kapitalistischen Produktionsweise zur allgemeinen Zufriedenheit der Anwesenden. Er legte sowohl die Entstehung des Großgrundbesitzes, als die des Fabrikbetriebes bis zur jetzigen Ausdehnung klar und sucht nachzuweisen, daß diesen ungeheuren Kapitalanhäufungen gegenüber der Einzelne machtlos sei, und daß sich daher jeder einer festgeschlossenen Organisation anschließen müsse. Zum zweiten Punkt wurde der Antrag gestellt, einige Personen zu wählen, welche mit Delegierten anderer Gewerkschaften über die Bildung eines Gewerkschaftsverbandes in Verhandlung treten möchten, der Antrag wurde angenommen und die Kollegen Hübiger, Palm und Grundke gewählt. Der Antrag auf Eröffnung einer Bibliothek wurde auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung gesetzt. Zum dritten Punkt wurde die Zahlung der Beiträge erledigt und ließen sich einige Kollegen aufnehmen.

Carlsruhe. Zum ersten Male seit Beisehen des D. M. V. fand am Sonntag, den 10. Dezember eine gemeinschaftliche Weihnachtssfeier statt. Beteiligt hieran waren: Die allgemeine Zahlstelle, die Sektion der Reflektierende und die Sektion der Formier. Der große Saal im „Muffischen Hof“ war bis auf den letzten Platz gedrängt voll. Kollege Böhmer eröffnete die Feier mit dem Wunsch, in Freud und Leid immerfort dem Verbande treu zu bleiben. Das Programm war ungemein reichhaltig. Den gesanglichen Theil hatte der Gesangsverein „Vorwärts“ übernommen, dessen vorzügliche Leistungen, trotz erst zweijährigen Bestehens ein deutlicher Beweis dafür sind, was Arbeiter bei richtiger und ausdauernder Zusammenwirken zu leisten vermögen. Die Musikkapelle „Pfeife“ aus Stuttgart hat durch ihre längst bekannten ausgezeichneten Leistungen zum Erlingen der Feier nicht wenig beigetragen, ebenso die Deklamationen von Fr. Ludwig. Am Schluß kam noch eine theatralische Darstellung, von Kol. Ludwig arrangirt, zur Aufführung. Kapital und Arbeit war so ungefähr das Motiv der dramatischen Handlung. Die Darsteller selbst lösten ihre Aufgabe in befriedigender Weise. Ein Starpunkt der Feier war die Festrede unseres Kollegen A. Schilde aus Stuttgart. Die die Geschichte und die heutige Bedeutung der Weihnachtssfeier vorführende Rede wurde mit großem Beifall aufgenommen.

Erfurt. In der am 13. Dezember abgehaltenen Mitgliederversammlung wurde die Ortsverwaltung neu gewählt. Genosse Hesse, unser seitheriger Bevollmächtigter, betonte, daß die hiesige Zahlstelle im letzten Jahre gut an Mitgliedern zugenommen hätte und daß zu gleicher Zeit auch Kräfte herangezogen wären, welche im Stande sind, die Verwaltung zu übernehmen. Er lehnte deshalb eine Wahl als Bevollmächtigter dankend ab mit dem Hinweis, wenn es gelte, die Interessen des Verbandes zu vertreten, er zu jeder Zeit da wäre. Die Versammlung entschied den Ausführungen und wählte den Genossen Mehlert als Bevollmächtigten und Genossen Mehlert als Kassirer. Die Genossen Hahn, Freise und Wolf als Revisoren. Unter Verschiedenem wurde noch Stellung zu einer Thüringer Metallarbeiter-Konferenz genommen; es wurde von allen Rednern betont, wenn eine solche stattfinden sollte, dieselbe nicht zu bescheiden, da es zwecklos sei, sie abzuhalten. Zum Schluß forderte Genosse Hesse die Mitglieder noch auf, die Versammlungen immer recht zahlreich zu besuchen.

Jauernburg a. d. Elbe. Hier wurde am 20. November eine Verwaltungsstelle des D. M. V. gegründet. Die erste Mitgliederversammlung fand am 26. November statt und waren die Mitglieder auch vollständig erschienen. Beisitzend sind hier durchsichtliche 20 Metallarbeiter, davon gehören dem Verband 14 an. Man sollte man doch glauben, daß diese

14 Mann auch regelmäßig die Versammlung besuchen würden, aber weit gefehlt! In der am 17. Dezember abgehaltenen zweiten Versammlung waren nämlich 7 Mann erschienen. Die Tagesordnung lautete: Zahlung der Beiträge, Neuwahl des Vorstandes, Zahlung eines Betragsgeschenes an reisende Kollegen. Der 2. Punkt konnte selber wegen des schwachen Besuches nicht erledigt werden, ebenso konnte bei Punkt 3 kein ersprießliches Resultat erzielt werden und wurde derselbe bis zur ersten Versammlung im neuen Jahr vertagt. Ferner wurde beschlossen, am 29. Dezember eine Extraversammlung abzuhalten, in welcher die Neuwahl des Vorstandes stattfinden soll und werden die Mitglieder aufgefordert, in dieser Versammlung vollständig zu erscheinen. Darum, Kollegen, thut Eure Pflicht in jeder Hinsicht, denn mit dem Betragsgeld und Mitgliedsbeiträgen allein ist es nicht abgemacht. Besuche jeder regelmäßig die Versammlungen und trage seinen Theil dazu bei, daß wir uns in jeder Hinsicht Aufklärung verschaffen.

Leipzig. In der „Flora“ fand am 10. Dezember eine gut besuchte Metallarbeiterversammlung statt. Der Vertrauensmann Wöhme erstattete zunächst Bericht über die verfllossene Quartalsperiode; auf Antrag der Revisoren wurde ihm einstimmig Entcharge erteilt. Für das laufende Vierteljahr wurden die Kollegen Herklotz, Papenhagen und Kunath gewählt. Dem örtlichen Gewerkschaftskartell wurden 150 M. überwiesen. In unserer Herberge waren Unzutrefflichkeiten eingetreten, weshalb Kollege Reichel als Mitglied der Herbergskommission über die Sache referirte. Er rügte in erster Linie verschiedene Unsauberkeiten der fremden Kollegen, sowie andererseits die unsaubere Behandlung seitens des Wirtshaus. Besterer hatte es vorgezogen, nicht zu erscheinen. Von vielen Seiten wurden Klagen gegen die Herberge laut, Andere suchten das Verhalten des Herrn Koch zu entschuldigen, indem er von den Metallarbeitern nicht genügend unterstützt worden sei. Man beschloß zu Klagen und am 1. Januar in den „Unberühmten“, Mitterstraße 7, überzufriedeln. Als letzter Punkt wurden die Zustände in der Körschner'schen Metallgießerei besprochen. Herr Parikant Körschner war auf Einladung unseres Vertrauensmannes anwesend. Diese Debatte führte zwar zu keinem positiven Resultat, aber für die dort arbeitenden Kollegen wird sie wohl eine Erleichterung der Arbeitsbedingungen bringen.

Schönebeck a. d. Elbe. Situationsbericht. Die hiesige Verwaltungsstelle ist am 6. August in Kraft getreten. Abgehalten wurden seit dieser Zeit 9 Versammlungen und ein Kränzchen, welches am 2. Dezember in der „Reichshalle“ unter Teilnahme der organisirten Holzarbeiter und Korbmacher stattfand. Dasselbe verlief in der schönsten Weise. Anlässlich Lassalle's Todestag hielt Kollege Schneider einen Vortrag über Lassalle und seine Bedeutung für die Arbeiterklasse. Am 28. Oktober sprach derselbe über Robert Owen und seine unerwähnte Arbeit, um eine Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen zu damaliger Zeit herbeizuführen. In der Hand der von Owen unternommenen Schritte ging Redner auf unsere heutigen Verhältnisse über und wies auf Grund der bestehenden Alltagsverhältnisse, Kartelle, Dinge, Trusts u. s. w. nach, wie die Kapitalisten mehr und mehr zu der Ueberzeugung gelangen, daß ein Einzelner nicht kräftig genug ist, unseren schwankehenden Verhältnissen zu widerstehen. Redner wies nach, daß man bald einsehen werde, daß das privatkapitalistische Wirtschaftssystem seinen Höhepunkt erreicht habe und daß die bereits bestehenden Kollektiv-Unternehmungen es der Arbeiterklasse ermöglichen, die Produktion der gesammten Bedarfsartikel ohne große Schwierigkeiten selbst in die Hand zu nehmen. Leider müssen wir aber hier die traurige Thatsache konstatiren, daß gerade die Schönebecker Metallarbeiter sich fern von unserer Bewegung halten. Die Hauptsache ist bei den jüngeren Kollegen Tanz, von den älteren ist die Mehrzahl in „patriotischen“ Vereinen. Wir aber rufen Euch angesichts der täglich sich schlechter gestaltenden wirtschaftlichen Verhältnisse, der großen Arbeitslosigkeit u. s. w. zu: Steht fest zusammen, schaaft Euch um das Banner der Solidarität, glaubt nicht, wenn Ihr für Eure Person nur Etwas habt, dann ist es gut. — In der am 10. Dezember stattgefundenen Versammlung wurde als Bevollmächtigter Kollege Abler gewählt, Koll. Sandau bleibt Kassirer. Zu Revisoren wurden Gähne, Reichenrost und Seidel gewählt. Die Versammlungen finden nach wie vor jeden Sonnabend nach dem 7. und 21. im Monat bei Laaf, Bürgerhaus, Breitenweg, statt. Jeden Sonnabend Zeitungsausgabe daselbst.

Schönungen. In der am 16. Dezember abgehaltenen Mitgliederversammlung wurde der Gesamtvorstand neu gewählt. Derselbe besteht aus folgenden Kollegen: Herrn Salinger, Bevollmächtigter, Karl Somburg, Kassirer, Karl Bergmann, Phil. Best, Fritz Köhr, Revisoren.

Siegburg. Wir haben uns bisher am hiesigen Orte ruhig verhalten und werden dies auch in Zukunft müssen, denn es herrscht hier noch ein wahres Ausnahmegesetz. Es hat sich aber doch die Nothwendigkeit eingestellt, welche uns zwingt, ein freies Wort zu reden. Nachdem man uns in der hiesigen Musterwerkstatt (Erweiterungsbau der kgl. Gefäßfabrik) erst die Marktpreise um 30 bis 60 Prozent (ohne die indirekten Abzüge) gekürzt hat, so kam man in letzter Zeit auch noch mit einem Anschlag betreffs Anschaffung einer Fahne, wofür eine „freiwillige“ Sammlung vorgenommen werden soll. Derselbe lautet: Direktions-Befehl. Am Sonnabend, den 2. Dezember, tritt der Arbeiter-Ausschuß im Zimmer des Ingenieurs Klapp um 10 Uhr Vormittags zusammen. Tagesordnung: 1. Art und Ertrag von durch Arbeiter geschlagenen Glühstücken. 2. Beschaffung einer neuen Fahne. Die Direktion, gez. Simon (Major), Siegburg, den 30. November 1893. Nachdem diese Sitzung des Arbeiterausschusses stattgefunden hatte, erschien folgender „Direktionsbefehl“: Auf Ersuchen des Arbeiterausschusses genehmige ich die Beschaffung einer Fahne für den Erweiterungsbau, sowie ferner zur Erlangung der Mittel einen einmaligen Abzug von 1 M für jede verbiente Mark der Lohnperiode vom 18.—30. vorigen Monats bei der am 8. stattfindenden Lohnzahlung. Ich mache ausdrücklich aufmerksam, daß die Sammlung eine freiwillige ist, mithin es jedem Arbeiter freisteht, sich daran zu beteiligen. Diejenigen Arbeiter, welche sich nicht an der Beschaffung der Mittel in vorstehender Weise beteiligen wollen, haben sich daher bis zum 6. ds. Mittags bei ihren Meistern zu melden, welche das Weitere veranlassen werden. Siegburg, den 4. Dezember 1893. gez. Simon, Major und Direktor. Diese „Freiwilligkeit“, glaube ich, kann gewiß ein Jeder aus dem letzten Satze des letzten „Befehls“ mit Händen greifen. Da nun aber wahrscheinlich die Zeit nicht mehr gereicht hat, um die Pfennige zu verrechnen, so mußten am 9. Dezember die Kolonnenführer diese Sammlung vornehmen. Auch wurden wir vorher gar nicht erst gefragt, ob wir mit den Beschlüssen des Arbeiterausschusses einverstanden sind. Ein Arbeiter, welcher sich nicht an der Sammlung beteiligte, wurde zum Ingenieur Klapp gerufen und gefragt, warum er sich nicht daran beteiligte hätte. Derselbe gab einfach zur Antwort, daß er keine Fahne brauche, worauf er natürlich ein stilles Gesicht zu sehen bekam. Selbstverständlich kann er auch jetzt das Lied anstimmen: „Wer weiß wie nahe mir mein Ende“ — hier in der Musterwerkstatt. Bei nächster Gelegenheit werden wir noch mehr Material einsenden, denn wir haben jetzt die Hände davon voll.

Sollingen. Am 10. Dezember tagte in Mengersberg bei Sollingen eine gemeinschaftliche Versammlung der Filialen: Dorn bei Sollingen, Dorn-Grünwald, Sollingen-Nord, Geilenberg, Wald, Werscheid, Siegen, Sieghütte, Stiff, Koppel und Bohwinkel der Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter. Der Zweck war ein Antrag der Filiale Dorn-Grünwald, dahingehend, auf der demnächstigen Generalversammlung den Antrag zu stellen, die Kasse in zwei Systeme umzuwandeln; a. in eine Kasse, die sich dem § 75 des Krankentafelgesetzes anpaßt, b. in eine Zuschußkasse. Die Versammlung war zahlreich besucht. Nachdem die Bureauwahl stattgefunden, erstattete der Vorsitzende Bericht über den Stand der Filialen, woraus hervorging, daß durchschnittlich nicht allein die Mitgliederzahl erheblich zurückgegangen sei, sondern daß auch allseits mit einem Defizit gearbeitet werde. Der Antrag lautet folgendermaßen: „Die heute im Saale des Herrn Werten zu Mengersberg bei Sollingen tagende gemeinschaftliche Versammlung der Filialen des Kreises Sollingen mit jetzt noch 300 Mitgliedern von Ende des Jahres, eruchen einen wohlthätigen Vorstand der Allgemeinen Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter baldigst eine Generalversammlung einzuberufen und stellt folgenden Antrag: „Die Allgemeinen Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (Zuschußkasse) wird in zwei Systeme eingetheilt, und zwar, wenn gesetzlich zulässig, in System A, dem § 75 entsprechende, System B als Zuschußkasse. Mitglieder, welche dem System A angehören, dürfen auch dem System B angehören, jedoch in diesem Falle keiner anderen Unterstützungskasse.“ Begründung: Durch die Umwandlung der Kasse in eine Zuschußkasse ist die Mitgliederzahl in den meisten Filialen auf die Hälfte und mehr zurückgegangen, während andere freie Lokalfassen in den meisten Fällen um das Doppelte zugenommen haben. So kann wohl der Geschäftsbetrieb unserer Filialen, daß die meisten mit einem Defizit von Januar 1893 an gearbeitet haben. Wenn die Anerkennung des § 75 unserer Kasse jedenfalls wieder viele neue Mitglieder zuführen würde, so würde wiederum zu befürchten sein, daß Mitglieder, welche einer Fabrik angehören, austreten würden, da es doch widersinnig wäre, in zwei Klassen Art und Maß zu gebrauchen, dieselben würden

somit bei hohen Beiträgen nur eine kleine Geldunterstützung beziehen. Ferner erklärt sich die Versammlung entschieden gegen eine Anerkennung des § 75 ohne gleichzeitige Beibehaltung einer Zuschußkasse. Einstimmige Annahme fand dann folgende Resolution: „Die Filialen Sollingen, Dorn, Dorn-Grünwald, Wald, Werscheid, Geilenberg, Siegen, Sieghütte, Stiff, Koppel und Bohwinkel stellen den Antrag zur nächsten Generalversammlung, die Verwaltungskosten wieder auf 2 1/2 Prozent und die Prämien auf 7 M per Tag zu reduzieren. Den Delegirten wird es zur Pflicht gemacht, die 2. Wagenklasse zu benutzen. Ferner erklärt die Versammlung, daß der Verwaltungsgapparat ein viel zu kostspieliger ist, wie sich aus den Abrechnungen herausstellt. — Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.“

Stralsund. Wie man zum Epithuben werden kann. Auf dem Neubau des hiesigen königl. Betriebsamts wird von der Firma Gebr. Brüting aus Rörtingsdorf bei Hannover die Warmwasser-Heizungsanlage gemacht. Zu diesem Zwecke waren 5 Monteure aus Hannover und 1 Monteur aus der Filiale von Berlin hier und hatten sich 6 Schloffer zum Helfen angenommen. In der Nacht vom 13. zum 14. Dezember ließ der Monteur Friedrich aus Berlin in seiner Arbeitsstube 13,60 steden; er hat sich draußen noch zu den anderen Monteuren gekübert: daß er sein Geld vergessen habe. Als wir am anderen Morgen zur Arbeit kamen, fanden wir die Thüre der Stube aufgebrochen. Herr Friedrich erklärte nun, daß ihm die betreffenden 13,60 entwendet, und daß ihm die Wurst vom Butterbrot heruntergenommen sei; ebenso waren Apfelsinen aus dem Kasten verschwunden, von denen eine an seinem Schraubstock lag. Herr Friedrich machte nun einen Abau, in Folge dessen wir am bewiesenen Abend in ganz Stralsund als Epithuben bekannt waren, und verlangte, daß sämtliche Schloffer entlassen werden, was auch geschah. Da wir an dem vorhergehenden Abend etwa 5 Minuten früher weggegangen waren, wie die Monteure, so konnten wir doch nicht gewußt haben, daß er sein Geld bagelassen hatte. Da das Entlassen schon an und für sich Strafe genug ist, das Nachkommen von Herrn Friedrich geradezu unerhört, da verschundene von den Schloffern in Stralsund aus diesem Grunde keine Arbeit mehr bekommen können. Nebenbei ist nach den allgemeinen Thatsachen nicht anzunehmen, daß es einer von uns gehen haben könne, da Maurer, Zimmerer, Zöpfer und verschiedene andere Handwerker da gearbeitet haben. Ebenso kann es ein auf dem Bau logirender Obdachloser gethan haben. Merkwürdig ist es, daß nach der Stralsunder Presse 15 M. und Hasenbraten gestohlen sein sollte. Die Kollegen in Berlin und Hannover werden sich über das Betragen des Herrn Friedrich sehr freuen, durch die Schuld eines Einzelnen sind 6 Arbeiter arbeitslos, und denen hält es schwer, hier Arbeit zu erhalten, was er leicht hätte verhindern können, wenn er das Entlassen im Stillen gemacht hätte. Merkwürdig ist nur, daß wir, da er doch der Polizei Anzeige erstattet hat, weder zu Protokoll genommen, noch eine Verladung erhalten haben, auch trotzdem 4 Mann nicht von hier sind, keiner in Untersuchung gestellt ist. Sollte Herr Friedrich etwas hiergegen einwenden, so sind wir bereit, ihn noch etwas besser zu bedienen.

Weimar. Am 16. Dezember hielt die hiesige Zahlstelle eine Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung ab: 1. Tagesgaben und Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Neuwahl der Ortsverwaltung. 3. Stellungnahme zur Thüringer Metallarbeiter-Konferenz. 4. Beschlussefassung über's Christbaumfest. 5. Bericht der Gewerkschaftsdelegirten und Ertragwahl derselben. 6. Verschiedenes. Nachdem Punkt 1 erledigt, wurde die Wahl der Ortsverwaltung vorgenommen. Gewählt wurden: G. Dieberam, Klempner, Bevollmächtigter, Wagdorfstraße 26; G. Herrmann, Klempner, Kaffirer, Graben 27; F. Klemm, R. Franke und A. Eckardt als Revisoren. Herberge und Vertretungsort: Tonhuber's Restaurant, Kl. Kirchgasse 9. Zum 8. Punkt waren alle anwesenden Kollegen der Meinung, daß eine Konferenz durchaus am Platze sei. Es wurde beschlossen, dieselbe in kurzer Zeit stattfinden zu lassen; als passende Orte dazu wurden Erfurt und Weimar vorgeschlagen. Folgender Antrag wurde einstimmig angenommen: Die Th. M. V. möge hauptsächlich die Gründung von Verwaltungs- resp. Zahlstellen in's Auge fassen, weil es in Thüringen noch verschiedene Städte gibt, z. B. Naumburg, Weiskensfeld, Eisenach u. s. w., wo es wirklich noch thut, da in betreffenden Orten die Hirsch-Dunder'schen bis heute noch die Oberhand haben, und dieselben zu verdrängen unsere größte Pflicht sein muß.“ Zu Punkt 4 wurde beschlossen, wie in vergangenen Jahren, so auch dies Jahr ein Christbaumfest zu veranstalten. Es wurde dazu eine Kommission aus dem

Kollegen Deyer, Reichmuth und Schumann bestehend, gewählt, welche die freiwilligen Vertheilung und Abgabe der Geschenke zu nehmen hat. Das Fest findet am 2. Weihnachtstag von 7 Uhr an bei Lounsdorfs statt. Als Gewerkschaftsbelegter erstattete Kollege Sachs Bericht; da selbiger Wetmar verläßt, wurde Kollege Kärger als solcher gewählt. Unter Verschiedenem wurde folgender Antrag einstimmig angenommen: Den durchreisenden Kollegen, welche am 1. oder 2. Weihnachtstag und Neujahr in Wetmar übernachten, ist ein Mittagessen im Werthe von 60 S unentgeltlich zu verabreichen. Alle Briefe zc. an C. Biederam, Baydorsstr. 26.

Wurzeln. In der am 16. Dezember abgehaltenen öffentlichen Metallarbeiterversammlung sprach Gen. C. Niemann-Chemnitz über die sozialpolitische Gesetzgebung und insbesondere über die praktische Handhabung des Unfallversicherungsgesetzes. Niemann führte aus, daß das Gesetz sehr viele Mängel habe, welche durch die Modifikationen der Berufsgenossenschaften noch verstärkt werden. Als solche Mängel führt Niemann an, daß die industriell beschäftigten Sträflinge nicht in den Bereich der Versicherung einbezogen sind. Als einen weiteren Mangel betrachtet Niemann, daß die Krankenkassen, deren Mittel zu Zweidrittel von den Arbeitern aufgebracht werden müssen, gezwungen sind, die ersten 18 Wochen nach dem Unfall die Kosten für den Heilungsprozeß zu bezahlen und den Verunglückten zu unterstützen; 90—95 Proz. aller Verletzungen werden aber in den ersten 18 Wochen geheilt. Auch die Bestimmungen über die Berechnung der Rente sind höchst verbesserungsbedürftig, da nur der letzte Jahresverdienst in Berechnung kommt, sowie daß der 4. M. täglich übersteigende Betrag des Lohnes nur zu einem Drittel zur Berechnung herangezogen wird. Niemann führt einen Fall an, wo einem jungen Mann auf Grund des ordnungsmäßigen Tagelohnes für den Verlust beider Arme wöchentlich 4 M. Rente zugesprochen wurden. Eine bezweifelnde Entscheidung der Sächsisch-Thüringischen Berufsgenossenschaft, welcher auch das Schiedsgericht beistimmte, führt Niemann hier an. Diese Körpererschaft entschied dahin, daß ein Handarbeiter auch mit einem Auge auskommen könne. Das Reichsversicherungsamt stellte aber einen anderen Rechtszustand fest, nämlich, daß jeder physische Schaden durch eine Rente ausgeglichen werden müsse. Eine andere nicht zu unterschreibende Praxis ist die, die Verunglückten, bei denen ein Glied steif geblieben ist, in sog. Streckanstalten, richtiger Voltellammern genannt, zu schicken, wo die Opfer des Industriaufbaus so lange drangsalirt werden, bis sie gern auf eine Rente resp. auf eine befristete höhere, verzichten. Hierauf bemängelt Niemann die gezahlten Unterstützungen; so ist ein Verdigungsgeld von 80 M. durchaus ungenügend. Hierauf gibt Niemann noch ein klares Bild von den Wahlen der Vertreter zu den Schiedsgerichten und zum Reichsversicherungsamt und ermahnt die Anwesenden bei den Vorstandsarbeiten zu den Ortsklassen ihre Schuldigkeit zu thun und nur Leute in dieselbe zu wählen, die auch ein Stückgut haben. Nach einer lebhaften Debatte, an welcher sich die Kollegen Ludwig, Nitsche, Beder, Gerstmann, beteiligten, wird zur Wahl dreier Revisoren geschritten und werden die Kollegen Spindt, Nitsche und Gerstmann gewählt. Nachdem noch die Kollegen Gerstmann als 1. und Berthold als 2. Vertrauensmann gewählt waren, schloß der Vorsitzende die vom besten Geiste erfüllte Versammlung.

Wolfer's Mittel. Am 9. Dezember fand im Buchhändlerischen Lokal die regelmäßige Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung statt: Aufnahme neuer Mitglieder und Zahlung der Beiträge. Neuwahl der Ortsverwaltung. Antrag, betr. Eglwieservergütungen. Anfrage: Was gewähren wir den jugendlichen Kollegen die Weihnachtstage? Verhandlungsangelegenheiten. Als der 1. Punkt erledigt war, fand die Wahl der Ortsverwaltung statt. Vorher erstattete der Bevollmächtigte einen Geschäftsbericht vom 1. Jan. bis dato, welcher allezeitige Zustimmung fand. Alsdann wurde unser jetziger Bevollmächtigter Bialas nur allein vorgeschlagen und einstimmig wiedergewählt. Als Kassierer wurde Kollege Bachan einstimmig gewählt, als Revisoren die Kollegen Graf, Hoffmann und Reinhold. Sämtliche Gewählte nahmen die Kemter dankend an. Das „Eglwieservergütungen“ wurde in üblicher Weise abgehandelt beschlossen und 5 Kollegen ins Komitee gewählt. Betreffs der Unterstützung her fremden Kollegen wurde ein Antrag angenommen, jeden Kollegen 1 M. zu bewilligen. Zum 5. Punkt entspann sich eine lebhafteste Debatte über die sämmtlichen Ortsverwaltungen, die die Abrechnung nicht pünktlich einschickten. Man gab die Haupt Schuld einseitig dem Zentralvorstand, der machte, wo er doch das Recht in Händen hat, derartige Ortsverwaltungen rechtzeitig revidieren und absch. wenn es zu spät wäre. — Die Adresse des Bevollmächtigten ist: H. Bialas, Hellerstr. 4a, die des Kassierers S. Bachan, Langenstr. 3.

Fellenhauer.

Chemnitz. Im Nachstehenden wollen wir versuchen, einen kleinen Situationsbericht zu geben. Wie vielen Kollegen bekannt sein wird, hatten wir vor einigen Wochen versucht, unsere sehr traurige Lage etwas zu verbessern. Einen Hauptgrund zu diesem Schritt bildete auch der, daß wir in Chemnitz einen einheitlichen Preis erlangen wollten. Nun, es ist uns dieses auch so ziemlich gelungen, mit Ausnahme von 2 Werkstätten, und zwar betrifft es in erster Linie die des Herrn Urban, welcher für seine Arbeiter anderweitig Ersatz schafft. Jetzt ist die Arbeit in dieser Werkstatt so zusammengefaßt, daß nur noch ein Mann darin beschäftigt wird. Die zweite Werkstatt ist die des Herrn Kleinling. Dieser hatte uns zuvor die schönsten Versprechungen gemacht und in mehreren gemeinschaftlichen Sitzungen erklärt, daß, was andere Meister bezahlten (speziell Meister Fournier, bei welchem letzterem die Arbeiter immer noch einen etwas besseren Lohn erhalten), das könnte er auch bezahlen. Nun, jetzt haben wir es gesehen, er hat zwar unseren Tarif 14 Tage lang bezahlt, aber dann war es ihm auf einmal wieder zu viel und er bezahlte wieder, wie er es für gut findet. Natürlich tragen auch die Gesellen, welche bei ihm arbeiten, einen großen Theil der Schuld mit, wären dieselben gel- und klaffenbewußte Arbeiter gewesen, dann würde H. Kleinling auch nicht versucht haben, wieder von dem Tarif abzubrechen. Nun, hoffentlich können wir über diese Werkstatt später noch einmal besseres berichten. Alle zur-reichenden Kollegen wollen sich nur an den Vertrauensmann und an Kollegen B. Biedel, Körnerstr. 11, bei welchem letzteren sich der Arbeitsnachweis befindet, wenden. Das Umschauen ist streng verboten. Unsere Herberge befindet sich innere Kochstr. 8, „Stadt Wölchen“, woselbst jeder Kollege zu verweilen hat.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Im Laufe der verfloffenen Woche sind den Verwaltungen wiederum Fragedrogen über die Stärke der Mitgliederzahl der einzelnen Bezirke sowie über die Zahl der Arbeitslosen im Verbands am 31. Dezember zugegangen und bitten wir die Mittheilungen auf der Rückseite derselben zu beachten.

Den Bestellern der Notizbücher für die Beitragskammer diene zur Nachricht, daß diese nicht wie ausgeschrieben 85 S, sondern 80 S kosten und in der verfloffenen Woche zum Versandt gelangt sind. Die Erhöhung des Preises liegt an dem äußerst soliden und dauerhaften Einband.

Sodann machen wir darauf aufmerksam, daß mit Ablauf des Jahres wieder eine dreimonatliche Abrechnungsperiode schließt. Pünktlich der Aufstellung, der Revision derselben zc. verweisen wir auf die diesbezüglichen Bestimmungen des Verbandsreglements für die Ortsverwaltungen und Vertrauensmänner.

Gleichzeitig ersuchen wir diejenigen Mitgliedschaften und Kollegen, die seiner Zeit Protokolle der ersten Generalversammlung in Aitenburg bezogen, oder die von hier bezogenen später zum Vertrieb übernommen haben, umgehend über dieselben abzurechnen und zwar in der Weise, daß sie uns sowohl den Bestand der nichtverkauften sowie die genaue Zahl der verkauften Protokolle angeben, und soweit dies noch nicht geschehen, umgehend den dafür gelosten Gelddbetrag einzusenden, damit die Abrechnung über die Protokolle abgeschlossen werden kann.

Die neuen Adressenzeichnisse werden verschiedener noch in der ersten Hälfte des Jahres zu vollziehender Neuwahlen von Ortsverwaltungen und Vertrauensmännern wegen, sehr wahrscheinlich erst am Ende des Monats Januar erscheinen, jedoch bitten wir uns die Adressen baldmöglichst mitzutheilen, um eine frühere Herausgabe zu ermöglichen. Alle nach dem 15. Januar eingehenden Adressen können nicht mehr berücksichtigt werden.

Folgende Mitgliedsbücher sind unglücklich und aufzuhalten:
Nr. 2688 des Drehers Philipp Hofmann, geb. zu Bamberg am 24. Juni 1850.
Nr. 58657 des Drehers H. B. Beterling, geb. zu Bernburg am 18. Febr. 1870.

Die neuen Adressenzeichnisse werden verschiedener noch in der ersten Hälfte des Jahres zu vollziehender Neuwahlen von Ortsverwaltungen und Vertrauensmännern wegen, sehr wahrscheinlich erst am Ende des Monats Januar erscheinen, jedoch bitten wir uns die Adressen baldmöglichst mitzutheilen, um eine frühere Herausgabe zu ermöglichen. Alle nach dem 15. Januar eingehenden Adressen können nicht mehr berücksichtigt werden.

Die neuen Adressenzeichnisse werden verschiedener noch in der ersten Hälfte des Jahres zu vollziehender Neuwahlen von Ortsverwaltungen und Vertrauensmännern wegen, sehr wahrscheinlich erst am Ende des Monats Januar erscheinen, jedoch bitten wir uns die Adressen baldmöglichst mitzutheilen, um eine frühere Herausgabe zu ermöglichen. Alle nach dem 15. Januar eingehenden Adressen können nicht mehr berücksichtigt werden.

bitten wir die letzteren, das Nöthige zu veranlassen.

- | | |
|--|-------|
| Friedr. Wendorf, Klempner aus Weiskensfeld | 48151 |
| Rob. Rieck, Schmied aus Harleben | 48152 |
| Frdr. Mehs, Schlosser a. Helmstedt | 48153 |
| Wagst. a. Schlosser a. Helmstedt | 48154 |
| Otto Schulz, Schlosser a. Salze | 48155 |
| Gustav Koch, od. | 48156 |
| Reinhold Ulrich, Selbgleher aus Stahfurt | 48157 |
| Karl Kastner, Schlosser aus Hut-schaffa | 48158 |
| Karl Kiewitz, Schlosser aus Sägzig | 48159 |
| Friedr. Eißner, Bergarbeiter aus Naustal | 48162 |
| Gust. Abhntke, Klempner a. Tilst | 48168 |

Von den nachfolgenden Orten ist der Zugang der Arbeiter der benannten Bezirke sehr zu halten: Fellenhauer von Canabrück, Förner von Herfeld, Klempner von Aitensburg, S. A. Dauen a. Dresden, Metallarbeiter aller Branchen von der Firma J. G. Barthels in Chemnitz, Mannheim, Helmstedt, Metallarbeiter von Herold u. Pfingstberg von Dresden.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an die Adresse unseres Kassiers

Theodor Werner, Stuttgart, Schlosserstraße 21.

zu richten und ist auf dem für Mittheilungen bestimmten Postabschnitt zu bemerken, ob das Geld überwiesenes Vermögen eines aufgelösten Vereines, Einschreibegeld, für Beiträge oder der Erbsis für Extramarken, Kongressprotokolle, Delegirtensteuer oder Generalkommissionenmarken ist. Mit kollegiatem Gruß und Neujahrsglückwunsch
Der Vorstand.

A n f r a g e
an die organisirten Metallarbeiter zu Chemnitz.

Das hier bestehende Gewerkschaftskartell hat beschlossen, vom 28. Dezember d. J. ab ein Kundendienstbureau betr. gewerbl. Streitigkeiten im „Restaurant zur Wartburg“, Dahnstraße, zu errichten und findet alltäglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, Auskunftsvertheilung und Entgegennahme von Beschwerden statt.
Zu diesem Behufe wird Abends von 8 bis 9 Uhr ein Vertreter anwesend sein, und werden die Kollegen ersucht, hiervon gefälligst Gebrauch zu machen.
Nichtorganisirte Kollegen finden gleichfalls dort die nöthige Aufklärung.
Die Vertrauensleute.

Vermischtes.

J. Damann, der Kassier der General-Kommission und Vorsitzende des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands, ist am 13. Dezember in Hamburg gestorben. Die Arbeiterbewegung verliert an Damann einen wackeren, treuen Kämpfer. Das Amt eines Kassiers bei der Generalkommission ist nun von derselben ihrem jetzigen Mitglied A. Demuth übertragen worden. Alle für die Generalkommission bestimmten Geldsendungen sind fortan nur unter der Adresse A. Demuth, Hamburg, Poollstraße 41, 2. Et., zu senden.

Wegen Vergehens des Bettelst stand eine achtzigjährige Matrone vor dem Bezirksgerichte Alfergrund. Zwischen dem Richter und dem Wachmann, der sie verhaftet hatte, entspann sich folgender Dialog: Richter: Die Verhaftung und die Anzeige erfolgte wegen Bettelns; hat die alte Frau gebettelt? Wachmann: gebettelt nicht, aber sie hat Mitleid erregt und wurde beschenkt. Richter (mit Wärme): Wenn der Anblick solcher Leute den Passanten derart Mitleid erweckt, daß sie denselben milde Gaben reichen, so kann kein Mensch der Welt dies den Passanten verwehren, und es gibt auch kein Gesetz, welches die Annahme solcher Gaben verbietet! Besser haben sie also die Greisin arretirt? — Wachmann: Sie hielt in den gefalteten Händen einen Rosenkranz. Staatsanwaltschaftlicher Funktionär Dr. Bial: Hat sie dabei durch Worte oder Gebärden das Mitleid rege gemacht? — Wachmann: Das kann ich nicht behaupten! Staatsanwaltschaftlicher Funktionär: Und ist es richtig, daß Sie die Angeklagte selbst zu einem Herrn schickten, um ein Almosen anzunehmen? — Wachmann: Ja hab' ihr bloß gesagt: „Gehn Sie hin, der Herr gibt Ihnen was!“

Staatsanwaltschaftl. Funktionär: Sehen Sie! Wenn Sie die Annahme freiwillig gespendeter Almosen für Betteln halten — was ja ein juristischer Begriff ist — dann hätten Sie ja die Angeklagte selbst zum Betteln verleitet!

Der Richter sprach das alte Witterchen frei, da es überhaupt nicht gebettelt habe.

Interessant ist die Aussage des Wachmannes. Er hat das alte Weib nicht arretirt weil es gebettelt hat, sondern: Erbsen, weil es Mitleid erregte und zweitens, weil es beschenkt wurde. Der Staatsanwalt fragte, ob die Verhaftete durch Worte oder Gebärden Mitleid erregt habe. Er scheint also der Ansicht zu sein, daß sich das Weib weder durch Worte, noch durch Gebärden bemerkbar machen darf, wenn der Betreffende nicht mit dem Bagabundengesetz Bekanntschaft machen will. Diese Auffassung würde übrigens dem Geiste des Bagabundengesetzes vollkommen entsprechen. Der Richter, welcher den Freispruch fällte, war gewiß ein menschlicher Richter, er hätte das alte Weib nach diesem Gesetze auch mit vollem Rechte verurtheilen können, wie schon viele alte Weiber in ähnlichen Tagen verurtheilt wurden.

Edison's Münzreform. In einer Unterredung mit einem Mitarbeiter der „Washington Post“ hat Herr Thomas A. Edison zur Lösung der ewig alten und doch immer wieder neuen Silber- und Goldfrage einen Vorschlag gemacht, der zwar nicht ausführbar sein dürfte, aber originell ist. Die Schmelze nach Silber und Gold, meinte Herr Edison, beruhe zum größten Theil auf Trachtillan; die Menschen würden durch Ideen über den Werth von Münzen beherrscht, welche sich zu einer Zeit bilden, als von einem Nationalkredit noch nicht die Rede sein konnte und Geld nur nach seinem inneren Werthe beurtheilt wurde. Es müßte eine neue Wertheinheit geschaffen werden und er glaube, daß der beste Dollar sein würde, der aus gepreßtem Weizen gemacht werde. Man sollte einen Bushel Weizen in einen harten Kuchen im Umfange eines Silberdollars zusammendrücken und den Negierungsstempel darauf drücken. Das werde wirklichen Werth und die verrichtete Arbeit repräsentieren und dann könnten Sie Ihren Dollar aufessen, wenn Sie den Weizen gebrauchen wollten, wozu Sie nur nöthig hätten, ihn aufzumelden. Das wäre eine Wertheinheit, welche alle Farmer zu wahren Verständen. Man könnte dann auf Gold und Silber verzichten, und das gegenwärtige bimetallische Problem wäre gelöst. Der geistreiche Amerikaner begnügt sich aber nicht mit dieser Lösung. „Eisen“, sagte er, „ist das werthvollste Metall. Gold und Silber sind zu nichts zu gebrauchen, aber ohne Eisen kann die Menschheit nicht auskommen. Wenn die Leute nur die thörichte traditionelle Jagd nach Gold und Silber aufgäben, würden diese Metalle nicht den Werth alten Bleies haben und von der Zivilisation bei Seite geschoben werden.“ Das Verlangen nach Eisen könne dagegen nie aufhören und man sollte deshalb Schatz-Zertifikate auf — Eisen ausgeben. — Ehe aber das Eisen da ist, macht sich das Verlangen nach zu leistender Arbeit geltend, warum sollen die Zertifikate nicht auf die Arbeit ausgegeben werden.

Die bisherigen Weltausstellungen. Anlässlich der Chicagoer Weltausstellung dürfen einige Zahlen und Notizen über die bisher gegebenen Weltausstellungen von Interesse sein. Wie das Patent- und technische Bureau von Richard Blyden in Orlins mittheilt, wurde die erste derartige Ausstellung, die bekanntlich 1851 zu London war, von 6,089,000 Menschen besucht; sie nahm eine Grundfläche von 8 1/2 Hektar ein, dauerte 144 Tage und zählte 17,000 Aussteller. Die zweite Weltausstellung, 1855 zu Paris gehalten, bedeckte 10 Hektar Bodenfläche, zählte 21,779 Aussteller und 5,182,000 Besucher, dauerte 200 Tage; die dritte zu London 1862, die 171 Tage dauerte, nahm 9 Hektar in Anspruch, zählte 28,668 Aussteller und 6,211,000 Besucher. Die nächste Weltausstellung zu Paris 1867 bedeckte 15 Hektar, dauerte 217 Tage, wurde von 50,236 Ausstellern besucht und erreichte den erheblichen Besuch von 10,200,000 Personen. Die Wiener Weltausstellung von 1873 bedeckte 16 Hektar, dauerte 186 Tage, zählte 42,000 Aussteller und hatte 7,254,000 Besucher. Sodann kam 1876 die erste amerikanische Weltausstellung zu Philadelphia, die sechste überhaupt, welche an Bodenfläche 24 Hektar bedurfte, 60,000 Aussteller und 9,900,000 Besucher zählte; die siebente, die dritte Pariser Weltausstellung, 1878, hatte dieselbe räumliche Ausdehnung wie die vorhergehende, jedoch nur 32,000 Aussteller und wurde in den 194 Tagen ihres Bestehens von 13,000,000 Personen besucht, die letzte endlich, auch zu Paris, bekanntlich 1889, bedeckte 80 Hektar, zählte 60,000 Aussteller und hatte innerhalb 188 Tagen 32 Millionen Besucher.

Zus Frankreich. Die Verfolgung der Arbeiterpartei in Frankreich nach dem Sturz des famolen Staatsanwaltes v. Douai wird jetzt in Montlucon Commeny und Umgebung von der „Dame“ Dupont in's Werk gesetzt. Angeklagt sind mehrere Bergarbeiter- und Metallarbeiterverbände, darunter viele Waires und auch der Deputirte Thivier. Die Anklage

fügt sich darauf, daß die Syndikate sich mit Politik befassen, Wahlagitation betreiben und einen Theil ihrer Einkünfte zur Unterstützung einer Zeitung verwenden, die dem revolutionären Kollektivismus huldigt.

Zur Lohnstatistik der preussischen Gewerbeinspektoren. Vor allen seinen übrigen Kollegen zeichnet sich seit Jahren der Gewerbeaufsichtsbeamte für Oppeln durch eine vorzügliche Bohnschäufel der gewerblichen und nicht gewerblichen Arbeiter seines Bezirks aus.

Im Verlag für Gesellschaftswissenschaft (M. Ernst, München 1894), herausgegeben von Eduard Fuchs, ist als drittes Heft erschienen: „Die Juden als Verbrecher“.

auf dem Raume des Erzgebirges. — Grullleton: Eine Nacht in dem Kisl für obdachlose Frauen in der Rue St. Jacques in Paris.

Von den im Verlage von J. S. W. Diez in Stuttgart erscheinenden beiden naturwissenschaftlichen Werken „Die Pflanzenwelt“ und „Die Thierwelt“ von R. Voumell ist soeben Lieferung 18, 19 und 18a, 19a erschienen.

Im Verlag für Gesellschaftswissenschaft (M. Ernst, München 1894), herausgegeben von Eduard Fuchs, ist als drittes Heft erschienen: „Die Juden als Verbrecher“.

Vereins-Anzeigen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Apolda. Sonnabend, 30. Dez., Abds. halb 9 Uhr, Generalversammlung im Restaurant „Vorwärts“.

Brieg. Sonnabend, 30. Dez., Abends punkt 8 Uhr, Mitgliederversammlung im Vereinslokal „Schützen“, Fischerstraße 17.

Chemnitz. Sonnabend, 13. Jan., Abends halb 9 Uhr, im „Schützenhaus“, Schützenstr., Generalversammlung der Einzelmitglieder des Deutschen Met.-Arb.-Verb.

Delmenhorst. Sonnabend, 6. Januar 1894, Abds. halb 9 Uhr, Mitgliederversammlung.

Döbeln. Sonntag, 7. Jan., Vorm. halb 11 Uhr, Zusammenkunft der Mitglieder des D. M. A. auf der „Mühenterrasse“.

Duisburg. Sonntag, 31. Dez., Versammlung in den „3 Kronen“, Anspelmart.

Esslingen. (Allg.) Samstag, 30. Dez., Abds. 8 Uhr, Generalversammlung.

Gera. Den reisenden Kollegen zur Nachricht, daß sich unsere Herberge nicht mehr „Preussischer Hof“, sondern „Fürstliche Duellie“, Bärensasse, Zentralherberge und Arbeitsnachweis für alle Gewerkschaften von Gera und Umgegend, befindet.

Glauchau. Sonnabend, 30. Dez., Abds. halb 9 Uhr, Mitgliederversammlung im Vereinslokal.

Höppingen. Sonntag, 31. Dez., Vorm. 9 Uhr, Generalversammlung im „Griech“ (unteres Nebenzimmer).

Heilbronn. Samstag, 30. Dez., Abds. 8 Uhr, Generalversammlung.

Hofheim. Samstag, 30. Dezember, Abends 8 Uhr, im „goldenen Löwen“, Mitglieder-Versammlung.

Quedlinburg. Da eine Anzahl Kollegen aus Thale unserer Filiale als Mitglieder angehören, so findet am 2. Weihnachtstferietag von Abends 8 Uhr ab im Lokale zur „grünen Tanne“ in Thale unser Weihnachtsbergung unter Mitwirkung der Gesellschaft „Vorwärts“ aus Berlin statt.

Reutlingen. (Allg.) Samstag, 30. Dez., Generalversammlung im Lokale von Herrn Engel „zum Gerberthor“.

Wetzlar. Am 30. Dezember, Abds. halb 9 Uhr, Mitgliederversammlung bei A. Wäste.

Zirndorf. Am Neujahrstag von 7 Uhr Abends ab bei Herrn Frebe Familienabend mit Gesellschaft Bismann aus Nürnberg.

Anzeigen.

Vereinigung bringt Nutzen!

Table with 3 columns: Nr. I prima, Nr. II, Nr. III Halbleber. Rows list items like 1 Hose 8,50, 2 Hosen 16,00, etc.

Jede beliebige Länge und Farbe ist vorrätzig! Schriftlänge bitte stets anzugeben!

D. Schlesinger in Bernburg, Markt 27.

für Jedermann!

Intona-Orgel, spielt Hunderte von Liedern, Märchen, Längen, größte Reueit, best. und billigst. Musikwert nur 13.

C. Schirmer, Cassel, Graben 18.

Marx. Am 19. Dezember verstarb der Genosse Emil Tauer in Leipzig. Wir ruhen denselben für sein uneigennütziges Wirken und mannhafte Eintreten für unsere Sache ein „Gute Nacht“ in seine stille Gruft nach Ruhe wohl, Du braver Streiter, wir gedenken immer Dein!

Viel Geld. Diese letztere Sorte vergleichen Sie, bitte, mit Ihrer bisher. 10 J. Zigarre. Bei Entnahme von 500 St. 5 Prozent, bei 1000 St. 10 Prozent Rabatt.

Wer die Absicht hat, sich einen Sonntags-Anzug, eine Hose oder einen Ueberzieher zu beschaffen, fordere zunächst per Postkarte Franko-Zusendung von Proben mit Angabe zu welchem Zweck.

Buchdruck-Arbeiten. insbesontere: Vereins-Statuten, Mitglieds-, Eintritts-, Geschäfts-, Visitenkarten, einfach und in verschiedenen Farben.

Wörlein & Comp. Buchdruckerei. Weizenstraße 12 u. 14. Quittungs-Marken und Kautschuck-Stempel-Fabrik von Jean Holze, Hamburg.

Quittungs-Marken und Kautschuck-Stempel-Fabrik von Jean Holze, Hamburg. Seit 12 Jahren Lieferant sämtlicher bestehenden Zentral-Franken-Kassen.